



Unser Land, unser Weg.

A 98 - 04470

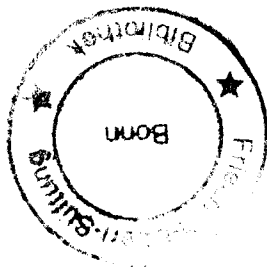
**Wahlprogramm
der SPD Sachsen-Anhalt
zur Landtagswahl 1998**

**Sachsen-Anhalt:
Ein gutes Stück Ost.**

SPD

Gliederung

	Seite
Sachsen-Anhalt ist auf einem guten Weg	2
Arbeit und soziale Sicherheit für alle - Voraussetzungen einer demokratischen Gesellschaft	4
• Investitionen und Innovationen für neue Arbeitsplätze; öffentliche Mittel für Arbeit statt für Arbeitslosigkeit	6
• Soziale Sicherheit für alle Generationen	13
• Innere Sicherheit gewährleisten	16
• Für eine bürgernahe und moderne Justiz	18
• Für Gleichstellung - gegen Diskriminierungen	20
Die Rahmenbedingungen: Infrastruktur und Umwelt	23
• Soziale Baupolitik - für bezahlbare Wohnungen, lebenswerte Städte und Dörfer	24
• Neue Wege im Verkehr - für wirtschaftliche Entwicklung und Lebensqualität	26
• Eine nachhaltige Entwicklungsperspektive für unser Land	30
• Moderne Verwaltungsstrukturen in Land und Kommune	32
Kurs 21. Jahrhundert: Bildung, Medien und Kultur für unsere Zukunft	34
• Schule, Hochschule, Berufsbildung - Träger lebenslangen Lernens	35
• Kultur: Identität und Weltoffenheit	38



A 98 - 04470

Sachsen-Anhalt ist auf einem guten Weg

Sachsen-Anhalt hat viele Stärken, die seit Jahrhunderten den Menschen Arbeit gegeben und sie mit Stolz erfüllt haben: landschaftliche Schönheiten, eine fruchtbare Agrarlandschaft, Bergbau, Industrie und ein vielfältiges Handwerk. Erfindergeist und Wissenschaft haben in der Zeit der industriellen Entwicklung vor allem im Maschinen- und Anlagenbau und in der Chemie große Leistungen hervorgebracht und den Industriestandort Deutschland stark gemacht. Unsere christlich-humanistische Tradition, die Zeugnisse der Reformation, die Musik, das bedeutsame wissenschaftliche Erbe sowie die architektonischen und kulturellen Schätze ziehen Besucher aus aller Welt an.

Die größte Stärke Sachsen-Anhalts aber sind die Menschen selbst. Sie haben unter schwierigsten wirtschaftlichen und politischen Bedingungen große persönliche Leistungen erbracht. Die wirtschaftlichen Grundlagen Ostdeutschlands wurden nach dem Zweiten Weltkrieg in erheblichem Maße von den Beschäftigten in der Industrie, im Bergbau und in der Landwirtschaft erarbeitet. Das in der Nachkriegsgeschichte unseres Landes Geleistete gehört untrennbar zur Lebensgeschichte seiner Bewohnerinnen und Bewohner. Ihre Fähigkeiten, ihre Kreativität und ihr Engagement sind nach wie vor die besten Voraussetzungen für die Zukunft.

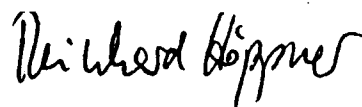
Durch den Umbruch der Jahre 1989/90 wurden auch bei uns die Grundlagen für eine demokratische, freiheitliche und rechtsstaatliche Entwicklung gelegt. Mit der Wiederbegründung des Landes Sachsen-Anhalt, der Wahl des ersten Landtags 1990 und der Verabschiedung einer Landesverfassung wurden die Rahmenbedingungen geschaffen, um die Interessen Sachsen-Anhalts auf deutscher und europäischer Ebene wirksam zu vertreten. Und mit der Bildung einer verlässlichen, glaubwürdigen und dauerhaften Landesregierung wurde 1994 das Fundament für eine gute Entwicklung und wirtschaftliche Stärkung Sachsen-Anhalts gelegt.

Trotz mancher Schwierigkeiten ist Sachsen-Anhalt auf einem guten Weg. Was wir 1994 begonnen haben, wollen wir im Interesse des Landes nach den Landtagswahlen im April 1998 mit einer klaren Mehrheit fortführen. Die SPD-vorangebracht: die Neuanstiedlung von Industriebetrieben und Dienstleistungsunternehmen; Investitionen in die Zukunft durch die Stärkung von Wissenschaft und Forschung; die Sicherung sozialer Standards, etwa bei der Kinderbetreuung; den Ausbau und die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur; mehr Rechte für die Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden; eine verstärkte Präsenz der Polizei auf unseren Straßen und damit auch mehr Sicherheit; die Verbesserung des Bildungswesens für unsere Kinder.

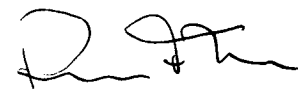
Soziale Gerechtigkeit und die Lebensqualität der Menschen, die in unserem Land wohnen und arbeiten, sind Richtschnur unserer Politik. Wir wissen, daß nicht alles, was sich ökonomisch rechnet, gleichzeitig für die Menschen gut sein muß. Und wir wissen, daß sich die wirtschaftliche Situation in den neuen Ländern langsamer verbessern wird, als dies von einigen Politikern versprochen und von vielen Menschen geglaubt wurde. Um keine falschen Hoffnungen zu wecken, haben wir in unser Programm nur das aufgenommen, was wir auch für durchsetzbar halten.

Im Mittelpunkt unserer Politik steht die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit. Wir sind nicht bereit, uns mit einer Entwicklung abzufinden, die einen Teil der Gesellschaft dauerhaft von Erwerbsarbeit ausschließt. An dem Ziel, Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen, orientieren wir unsere politischen Vorhaben, die wir in diesem Programm niedergelegt haben. Eine gut ausgebaute Infrastruktur und eine bürgernahe Verwaltung sind dafür wesentliche Voraussetzungen. Und durch Bildung, Ausbildung, Wissenschaft und Forschung müssen die Menschen die Möglichkeit erhalten, in der Zukunft zu bestehen.

Sachsen-Anhalt kann seinen Weg in die Zukunft nicht allein gehen. Viele Entscheidungen, die in Bonn von der Bundesregierung sowie von der Europäischen Union getroffen werden, haben für uns unmittelbare Auswirkungen. Deshalb wollen wir im Jahre 1998 nicht nur Sachsen-Anhalt weiter voranbringen. Auch Deutschland insgesamt kann nur vorankommen, wenn es eine Mehrheit für eine bessere und sozial gerechtere Politik gibt. Wir in Sachsen-Anhalt wollen dabei helfen.



Dr. Reinhard Höppner
Ministerpräsident des Landes
Sachsen-Anhalt



Dr. Rüdiger Fikentscher
SPD-Landesvorsitzender
Sachsen-Anhalt

Arbeit und soziale Sicherheit für alle - Voraussetzungen einer demokratischen Gesellschaft

Investitionen und Innovationen für neue Arbeitsplätze; öffentliche Mittel für Arbeit statt für Arbeitslosigkeit

- Industrielle Standorte sichern und entwickeln
- Neue und dauerhafte Investitionsanreize schaffen
- Gemeinsam die Wirtschaftskraft stärken
- Mittelstand und Handwerk voranbringen
- Export und Absatz stärken
- Integration Europas voranbringen
- Forschung und Entwicklung für neue Märkte und Produkte fördern
- Arbeit gerecht verteilen - Teilhabe von Frauen fördern
- Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren
- Landwirtschaft als leistungsfähigen Wirtschaftssektor ausbauen
- Sachsen-Anhalts touristisches Potential nutzen
- Politische Aufgaben solide finanzieren
- Politik transparent gestalten

Soziale Sicherheit für alle Generationen

- Belastungen der Familien solidarisch tragen
- Jugendarbeit an Jugendinteressen ausrichten
- Renten sichern, Betreuung im Alter bedarfsgerecht gestalten
- Ehrenamtliches Engagement fördern
- Das Gesundheitssystem leistungsfähig erhalten
- Gesundheitsgefahren besser abschätzen
- Mit HIV und AIDS umgehen lernen
- Suchtkranken helfen, Drogenkonsum zurückdrängen

Innere Sicherheit gewährleisten

- Straftaten vorbeugen
- Durch Polizeipräsenz Sicherheit im Alltag schaffen
- Organisierte Kriminalität bekämpfen

Für eine bürgernahe und moderne Justiz

- Gerichtsverfahren beschleunigen
- Das Rechtswesen bürgerfreundlicher und wirksamer gestalten
- Opferbelange in den Vordergrund stellen
- Resozialisierung ermöglichen
- Schlichten statt richten
- Rechtssicherheit in Eigentumsfragen schaffen

Für Gleichstellung - gegen Diskriminierungen

- Gleichstellung von Frauen und Männern durchsetzen
- Mitwirkung von Älteren ausbauen
- Ausländer integrieren, Fremdenfeindlichkeit abwehren
- Schwule und Lesben akzeptieren
- Menschen mit Behinderungen integrieren

**Arbeit und soziale Sicherheit
für alle - Voraussetzungen einer
demokratischen Gesellschaft**

Investitionen und Innovationen für neue Arbeitsplätze; öffentliche Mittel für Arbeit statt für Arbeitslosigkeit

Für die SPD stehen die Sicherung und der Erhalt, vor allem aber die Neuschaffung von Arbeitsplätzen im Mittelpunkt ihrer Politik. Wir wissen, daß nur mit einer gesunden industriellen Basis eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land möglich ist. Deshalb gibt es zur gezielten Förderung der Ansiedlung und Gründung neuer Betriebe im Rahmen einer vorausschauenden Standortpolitik in Verbindung mit aktiver Beschäftigungspolitik keine Alternative.

Die SPD setzt zugleich auf die aktive Unterstützung bei der Konsolidierung und Modernisierung bestehender Unternehmen.

Die SPD setzt sich dafür ein, die Exportfähigkeit sachsen-anhaltischer Produkte und Verfahren zu erhöhen.

Die SPD will Forschung und Technologie als Basis für die wirtschaftlichen Chancen und die Arbeitsplätze von morgen fördern, weil nur durch innovative Produkte und Dienstleistungen Wettbewerbsfähigkeit gesichert werden kann.

Die SPD will Arbeit gerechter verteilen und Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren.

Die SPD will die Potentiale unseres Landes in Landwirtschaft und Tourismus noch stärker nutzen.

Industrielle Standorte sichern und entwickeln

Die Sicherung und Weiterentwicklung bestehender sowie die Unterstützung neuer industrieller Standorte sind Schwerpunkte unserer Politik. Wir erwarten von der Bundesregierung, daß sie die erforderlichen Finanzmittel zur Verfügung stellt, um die Privatisierung von Unternehmen abzusichern. Wo die Privatisierung nicht gelungen ist, setzen wir unsere Kräfte dafür ein, für die Produktionsstandorte einen Neuanfang zu finden. Hier werden wir weiter den Bund und die Treuhand-Nachfolgerin BvS auffordern, ihrer Verantwortung gerecht zu werden.

Bei der Bereitstellung von Gewerbeflächen hat die Ansiedlung auf und die Wiederbelebung von industriell genutzten Flächen deutlich Vorrang vor der Ansiedlung auf der grünen Wiese.

Die Regionalisierung der Strukturpolitik gibt den Menschen in allen Landesteilen die Chance, die Entwicklung ihrer unmittelbaren Umgebung mitzubestimmen. Wir unterstützen die Aufstellung regionaler Entwicklungskon-

zepte, die für einige Regionen bereits vorliegen. Unsere Förderpolitik werden wir an den Schwerpunkten der regionalen Aktionsprogramme ausrichten.

Neue und dauerhafte Investitionsanreize schaffen

Unternehmen brauchen Planungssicherheit. Deshalb setzen wir uns auf Bundes- und Europaebene dafür ein, die Investitionsanreize in Ostdeutschland für einen längeren Zeitraum beizubehalten. Diese Anreize sollen insbesondere abzielen auf die Förderung arbeitsplatzschaffender Investitionen, auf die Überwindung struktureller Schwächen wie fehlendes Eigenkapital und Marktzugangsschwierigkeiten, auf die weitere Unterstützung von Existenzgründerinnen und -gründern sowie auf die Förderung der Zusammenarbeit und die Bildung von betrieblichen Netzwerken. Mittel der Wirtschafts- und der Arbeitsförderung sollen sinnvoll miteinander kombiniert werden.

Gemeinsam die Wirtschaftskraft stärken

Durch die investive Ausrichtung des Landeshaushalts werden wir die Rahmenbedingungen für eine sich selbst tragende Wirtschaftsentwicklung und die Sicherung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze weiter verbessern. Deshalb werden wir Investitionen auch künftig Vorrang geben und sie auf besonders zukunftsträchtige Branchen und die Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur konzentrieren.

Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen soll weiterhin an die Inanspruchnahme heimischer Produkte und Leistungen gebunden werden, um regionale Wirtschaftskreisläufe zu beleben und mittelständische Unternehmen zu stärken. Beauftragte des Landes sollen eine größtmögliche Beteiligung heimischer Unternehmen an öffentlich geförderten Großprojekten sicherstellen. Wir wollen die Chancen sachsen-anhaltischer Unternehmen bei der Auftragsvergabe durch den Bund und die westdeutschen Kommunen und Länder durch gezielte Leistungen der Auftragsberatungsstellen verbessern. Landespolitik nimmt weiter darauf Einfluß, daß bei der öffentlichen Auftragsvergabe einheimische Arbeitsplätze nicht durch den Einsatz von Dumpinglöhnen verdrängt werden.

Wir wollen Verbraucherpolitik als Motor für unsere Wirtschaft und Umwelt nutzen. Qualifizierte Verbraucherpolitik fördert Produktinnovation und sichert Absatzchancen. Voraussetzung ist eine verlässliche Finanzierung durch den Bund.

Wir werden einen Sachsen-Anhalt-Fonds zur Stärkung der Eigenkapitalbasis für innovative Unternehmen auflegen. Auf Bundesebene müssen gesetzliche Hindernisse beseitigt werden, damit Beteiligungssparen steuerlich begünstigt werden kann. Arbeitnehmerbeteiligungen an Unternehmen müssen erleichtert und durch staatliche Bürgschaften abgesichert werden.

Wir wollen, daß sich die Lebensverhältnisse in Ost und West auch in der betrieblichen Realität weiter angleichen. Deshalb treten wir für die Entwicklung starker Unternehmerverbände und Gewerkschaften ein, die sichere Tarifverträge mit flexiblen, betriebsnahen Anwendungsmöglichkeiten aushandeln. Gute Unternehmer, engagierte Belegschaften und starke Gewerkschaften müssen unsere Wirtschaft gemeinsam voranbringen.

Mittelstand und Handwerk voranbringen

Durch die Förderung von Existenzgründungen und die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen werden überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze geschaffen. Wir legen Wert auf eine gute Zusammenarbeit mit den Kammern, Wirtschaftsverbänden, Kreishandwerkerschaften und deren Innungen. Existenzgründerinnen wollen wir besonders fördern. Wir werden das Konsolidierungsprogramm für kleine und mittelständische Betriebe mit den Schwerpunkten Konsolidierungsdarlehen, Grundstücksfonds, Beratungsprogramm, Beteiligungen und der Wirtschaftsfeuerwehr „Task Force“ fortsetzen. Wir unterstützen die Beibehaltung des „Großen Meisterbriefs“ als Garanten für Qualitätsarbeit im Handwerk. Wir unterstützen die Kooperation kleiner Betriebe zur Abgabe gemeinsamer Angebote bei Großprojekten. Wir werden die Zusammenarbeit von großen und kleinen Betrieben voranbringen, indem wir Netzwerke und Netzwerkprojekte unterstützen.

Export und Absatz stärken

Wir unterstützen die Einrichtung weiterer Betreuungsbüros des Landes Sachsen-Anhalt auf aufstrebenden Märkten der Welt. Wir werden die Förderung außenwirtschaftlicher Beratung und Markterschließung sowie der Teilnahme an nationalen und internationalen Messen fortsetzen.

Zur Wiedergewinnung und Erhaltung von Märkten in Osteuropa und Asien setzen wir uns für die Weiterführung der Hermes-Bürgschaften und die Ausweitung der Sonderkonditionen auf asiatische Länder ein. Wir wollen bei der Europäischen Union weiterhin ein Landesbürgschaftsprogramm für Warentausch- und Bargeldgeschäfte sowie für die Beteiligung sachsen-anhaltischer Betriebe an osteuropäischen Unternehmen durchsetzen.

Integration Europas voranbringen

Wir begrüßen die europäische Wirtschafts- und Währungsunion einschließlich der vertragsgerechten Einführung des Euro und die geplante Osterweiterung der Europäischen Union, weil sie der regionalen Wirtschaft neue Chancen eröffnet. Aufgrund gemeinsamer historischer Erfahrungen und vergleichbarer Problemstrukturen können die ostdeutschen Länder ein wichtiges Bindeglied und Kooperationspartner für die zukünftigen EU-Mitglieder sein, wie die bereits bestehenden Kontakte Sachsen-Anhalts zu Bulgarien zeigen. Die Wirtschafts- und Währungsunion muß mit einer europäischen Sozialunion und einer europäischen Beschäftigungspolitik verbunden werden.

Forschung und Entwicklung für neue Märkte und Produkte fördern

Eine aktive Forschungs- und Technologiepolitik ist die Grundlage für die Wettbewerbsfähigkeit von morgen und für einen zukunftsträchtigen, ökologisch verträglichen Strukturwandel. Wir wollen die Chancen nutzen, die die Erhöhung der europäischen Forschungsmittel für die Entwicklung zukunftsfähiger Verfahren und Produkte in Sachsen-Anhalt bietet. Insbesondere werden wir die Umweltechnologie, Bio- und Gentechnologie und Informations-

technologie weiter gezielt fördern. Wir setzen uns dafür ein, daß jungen, innovativen Unternehmen das notwendige Risiko- und Beteiligungskapital am Kapitalmarkt zur Verfügung gestellt wird und daß private Kapitalanlagen in jungen Technologieunternehmen steuerlich begünstigt werden.

Um unsere Gesellschaft zukunftsfähig zu machen, brauchen wir eine Energiewende hin zu einer verstärkten Nutzung regenerativer Energieträger. Wir wollen in Sachsen-Anhalt dazu beitragen, diesen wichtigen Zukunftsmarkt - zum Beispiel für Photovoltaik - zu erschließen. Deshalb werden wir die Nutzung erneuerbarer Energien zur Strom- und Wärmegewinnung zu akzeptablen Preisen weiter unterstützen und setzen uns für die Förderung innovativer Technologien in diesem Bereich ein. Wir setzen uns beim Bund für ein 100.000-Dächer-Programm für solare Brauchwassererwärmung ein.

Wir unterstützen mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln eine gezielte und sichere Anwendung der Bio- und Gentechnologie, insbesondere auch die Weiterentwicklung der Bioregion Halle/Leipzig. Dabei setzen wir vor allem auf die Information und Aufklärung der Bevölkerung. Insbesondere werden wir uns für eine umfassende Kennzeichnungspflicht für alle mit Hilfe von Gentechnik hergestellten Produkte einsetzen. Die beteiligten Betriebe und Forschungseinrichtungen fordern wir auf, den Nutzen und die Sicherheit ihrer Arbeit stärker der Öffentlichkeit zu präsentieren. Die Freisetzung und Anwendung gentechnisch hergestellter oder veränderter Produkte muß hinsichtlich der ökologischen und gesundheitlichen Wirkungen weiter wissenschaftlich begleitet werden.

Wir unterstützen Unternehmen in Sachsen-Anhalt bei der Nutzung neuer Medientechnologien, damit sie flexibler werden, ihre Wettbewerbschancen durch schnellere und bessere Informationen erhöhen und Möglichkeiten für neue Dienstleistungen schaffen.

Arbeit gerecht verteilen - Teilhabe von Frauen fördern

Wir setzen uns für eine Neubewertung und eine gerechtere Verteilung der Erwerbsarbeit ein. Insbesondere durch Arbeitszeitverkürzung, verbesserte Möglichkeiten für Teilzeitarbeit, mehr Zeitsouveränität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und den Abbau von Überstunden kann Beschäftigung gesichert und gefördert werden. Wir setzen uns auf Bundesebene für eine vollständige Absicherung bestehender und zukünftiger Teilzeitarbeitsverhältnisse in den Sozialversicherungen ein. Arbeitszeitverkürzung darf aber nicht die Einkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die Nähe der Sozialhilfesätze führen. Ungesicherte geringfügige Beschäftigungsverhältnisse lehnen wir ab. Wir setzen uns auf Bundesebene für eine Absicherung solcher Beschäftigungsverhältnisse in den Sozialversicherungen ein. Im Verantwortungsbereich der Landesregierung werden wir mit einer Teilzeitorientierung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ein Zeichen setzen. Die Wirtschafts- und Strukturförderung des Landes soll weiterhin regional und branchenorientiert mit Frauenförderung verzahnt werden. Um Frauen den Zugang zu zukunftssicheren Beschäftigungsfeldern zu öffnen, muß Frauen-

förderung weiterhin integraler Bestandteil von Beschäftigungsprogrammen sein.

Frauen sind nach wie vor am Arbeitsmarkt benachteiligt. Sie haben das Recht, gleichberechtigt wie Männer erwerbstätig zu sein. Deswegen werden wir das Arbeitsmarktprogramm für Frauen weiterentwickeln. Frauen müssen entsprechend ihrem Anteil an der Arbeitslosigkeit an beschäftigungsfördernden Maßnahmen teilhaben.

Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren

Die Kürzung der Mittel für den zweiten Arbeitsmarkt durch die Bundesregierung hat zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland geführt. Wir setzen uns dafür ein, daß diese Kürzungen zurückgenommen werden.

Der öffentlich geförderte Arbeitsmarkt bleibt auch in Sachsen-Anhalt auf absehbare Zeit unverzichtbar. Wir wollen auch in Zukunft eine möglichst große Zahl an sinnvollen und produktiven Arbeitsplätzen in diesem Bereich zur Verfügung stellen. Eine besondere Rolle kommt hierbei den ABS- und Sanierungsgesellschaften des Landes zu. Sie sollen als Teil einer pluralen Trägerlandschaft genutzt und zur Lösung neuer Aufgaben befähigt werden. Unser Ziel ist es, die entstandenen Gesellschaften mit ihrem über Jahre erworbenen Know-how für die aktive Beschäftigungspolitik zu nutzen.

Das bedeutet konkret: Wir werden ein hohes Niveau von öffentlich geförderten Arbeitsplätzen sichern, auch für Personengruppen, die keine Beschäftigungschancen auf dem regulären Arbeitsmarkt haben. Landesförderprogramme werden wir mit den Ziel vernetzen, mindestens zehn Prozent der eingesetzten Mittel beschäftigungswirksam zu verwenden. Wir wollen eine umfassende Beschäftigungswirksamkeit sowie den optimalen Einsatz aller verfügbaren Mittel erreichen. Dazu ist ein hoher Anteil an Regie-ABM notwendig. Wir setzen uns für eine Gleichstellung der ABS- und Sanierungsgesellschaften als Wirtschaftsbetrieb bei allen Arbeitsfördermaßnahmen ein.

Die im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor geschaffenen Arbeitsplätze sollen vor allem der Strukturverbesserung dienen und damit indirekt zur Entstehung weiterer regulärer Arbeitsplätze beitragen. Besonders unterstützt werden Projekte, die zu wettbewerbsfähigen Existenzgründungen führen. Wir wollen zusätzliche Beschäftigung in kleinen und mittleren Unternehmen fördern. Qualifizierungsangebote für Beschäftigte und Arbeitslose sollen die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen stärken und die persönlichen Chancen verbessern.

Arbeit ist Voraussetzung für soziale Teilhabe und Integration. Viele arbeitslose Menschen können weder am Erwerbsleben teilnehmen noch Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit erhalten. Langzeitarbeitslose, ältere und Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen sowie arbeitslose Jugendliche müssen durch Arbeitsmarktpolitik gezielt gefördert werden. Wir wollen für Berufseinsteigerinnen und -einsteiger, Berufsrückkehrerinnen, langzeitarbeitslose Frauen und Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger ein zusätzliches Beschäftigungsprogramm auflegen.

Landwirtschaft als leistungsfähigen Wirtschaftssektor ausbauen

Die Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt ist mit ihren vorzüglichen Anbauflächen und vielfach strukturierten Agrarräumen einmalig in Europa. Die Böden gehören zu den besten Deutschlands. Diese naturräumlichen Voraussetzungen gehören zu den Standortvorteilen Sachsen-Anhalts und sind zugleich Grundlage für unsere bedeutende Ernährungsgüterindustrie, die einen immer größeren Beitrag zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt leistet.

Für eine zukunftsfähige Entwicklung brauchen wir eine wettbewerbsfähige und zugleich umweltverträgliche Landnutzung. Deshalb sprechen wir uns für eine Reform der europäischen Agrarpolitik aus, welche jedoch nicht einseitig zu Lasten der ostdeutschen landwirtschaftlichen Struktur gehen darf. Wettbewerbsfähigkeit heißt in diesem Zusammenhang, daß Rahmenbedingungen für landwirtschaftliche Betriebe geschaffen werden, die ein Bestehen gegenüber der Konkurrenz in der Europäischen Union bei angemessenen Einkommen ermöglichen. Die Einkommensentwicklung muß sich dabei an der gewerblichen Wirtschaft orientieren. Wir setzen auf Vielfalt und Chancengleichheit der Betriebs- und Rechtsformen. Unter Umweltverträglichkeit verstehen wir eine dem Prinzip der Nachhaltigkeit verpflichtete Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft. Die bei der Pflege der Kulturlandschaft erbrachten Leistungen müssen anerkannt und honoriert werden.

Wir treten für eine politische Regelung der Altschulden ein, bei der sich Tilgung und Zinsen an den tatsächlich noch vorhandenen bzw. genutzten Vermögensgegenständen orientieren. Die Ausgleichszahlungen für landwirtschaftliche Unternehmen müssen unabhängig von der Betriebsgröße und der Rechtsform erhalten bleiben.

Wir setzen uns für eine Umgestaltung der Agrarförderung ein, die es landwirtschaftlichen Betrieben ermöglicht, die Viehwirtschaft zu erhalten oder aufzunehmen. In diesem Sinne wollen wir auch weiterhin mit geeigneten Programmen die artgerechte Tierhaltung und die Kreislaufwirtschaft fördern. Das Milchreferenzsystem für die ostdeutschen Länder muß erhalten bleiben. Wir sehen in der Kapitalisierung der Milchquote eine Gefahr für die Erhaltung der Milchviehwirtschaft in großen Teilen Sachsen-Anhalts. Die Entwicklung leistungsstarker Unternehmen würde gehemmt.

In der Nutzung nachwachsender Rohstoffe sehen wir einen Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilisierung. Den ökologischen Landbau und die Vermarktung seiner Produkte wollen wir nachfragegerecht fördern. Dafür müssen die notwendigen Vermarktungsstrukturen aufgebaut werden.

Wir werden die tausendjährige Weinbautradition Sachsen-Anhalts pflegen. Die Förderung der Weinbaugebiete werden wir fortsetzen.

In der Schaffung eines Fonds zur Waldmehrung sehen wir eine Chance, die Landschaftsstruktur Sachsen-Anhalts zu verbessern und einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Dabei setzen wir auf eine enge Zusammenarbeit mit den betroffenen Verbänden. Die Holzvermarktung und -verarbeitung muß durch die Förderung innovativer Technologien stärker gefördert werden.

Sachsen-Anhalts touristisches Potential nutzen

Mit seiner Vielfalt an reizvollen Landschaften, Kulturdenkmalen und kulturellen Traditionen ist Sachsen-Anhalt ein Tourismusland mit Zukunft. Den Schwerpunkt der Tourismusförderung bildet die Projektförderung mit Vorhaben wie dem „Blauen Band“ zur Entwicklung des Wassertourismus, der „Straße der Romanik“ sowie Kultur- und Themenreisen.

Mit dem Ausbau der touristischen Infrastruktur wollen wir die Voraussetzungen für einen lebhaften Tourismus im Land schaffen. Handel und Gastgewerbe sind in den Tourismusregionen gezielt zu fördern. Bei der Bundesgartenschau 1999 und der EXPO 2000 werden wir unsere Weltoffenheit zeigen und verstärkt für unser Land werben. Weitere Projekte dieser Art streben wir an.

Politische Aufgaben solide finanzieren

Wir stehen weiterhin für eine solide Finanzpolitik. Die Finanzpolitik steht vor der Doppelaufgabe, einerseits die notwendigen Mittel für die Förderung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung bereitzustellen und andererseits die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes auch für die Zukunft zu erhalten. Dies erfordert eine verantwortliche Prioritätensetzung im Spannungsfeld zwischen knappen Mitteln und der Vielfalt der Aufgaben.

Wir wollen den mittelfristig angelegten und konjunkturgerechten Konsolidierungskurs der Landesregierung fortsetzen und die Neuverschuldung schrittweise zurückführen. Konsolidierung ist dabei kein Selbstzweck, sondern soll in den kommenden Jahren eine unvertretbare Belastung des Landeshaushaltes durch Zins- und Tilgungsleistungen verhindern. Wir werden aber eine Sparpolitik zu Lasten der Schwachen im Lande nicht zulassen.

Durch die Flexibilisierung des Haushaltswesens werden wir die Anreize für eine wirtschaftliche Mittelverwendung verstärken. In geeigneten Bereichen der Landesverwaltung werden wir eine Budgetierung der Haushaltsführung vornehmen und die Kosten- und Leistungsrechnung als Basis des öffentlichen Rechnungswesens einführen. Wir werden uns bei Bund und Ländern für eine Reform des geltenden Finanz- und Haushaltsrechts mit dem Ziel einer umfassenden Dezentralisierung und Flexibilisierung der Ressourcensteuerung einsetzen.

Die zur Verfügung stehenden Fördermittel des Landes müssen noch wirksamer als bisher eingesetzt werden. Wir werden die Förderprogramme des Landes deshalb wo immer möglich stärker bündeln und mit Erfolgskontrollen versehen.

Wir werden uns im Interesse der Investitionstätigkeit, der sozialen Gerechtigkeit und der Stärkung der Binnennachfrage auf Bundesebene dafür einsetzen, die Lohnnebenkosten zu senken und die Steuerbelastung kleiner und mittlerer Einkommen auf ein erträgliches Maß zu reduzieren. Wir wollen eine Steuerreform für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, die sozial ausgewogen, ökologisch orientiert, solide finanziert ist und die Kaufkraft der Bevölkerung stärkt.

Politik transparent gestalten

Wir wollen die Transparenz der Landespolitik für die breite Öffentlichkeit erhöhen und kontinuierlich über die Entwicklung des Landes informieren. Die Landesregierung soll deshalb jährlich eine komprimierte Fortschreibung des Landesentwicklungsberichtes zusammen mit einer Darstellung der Umsetzung ihrer politischen Vorhaben vorlegen und als Broschüre veröffentlichen.

Soziale Sicherheit für alle Generationen

Für die SPD sind soziale Sicherheit und sozialer Frieden tragende Säulen unserer Gesellschaft und Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand.

Die SPD tritt für einen gerechten Familienlastenausgleich ein.

Die SPD steht für eine Jugendpolitik, die Orientierung gibt und Zukunftschancen eröffnet.

Die SPD will, daß ältere Menschen ein selbstbestimmtes Leben mit soviel Betreuung wie nötig führen können.

Die SPD unterstützt das ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger.

Die SPD setzt sich für den Erhalt und die Modernisierung der bewährten sozialen Sicherungssysteme ein. Rentenversicherung, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung und Pflegeversicherung müssen als solidarische, paritätisch finanzierte Versicherungssysteme erhalten bleiben.

Die SPD steht für eine Drogenpolitik nach dem Grundsatz: Drogenkonsum vorbeugen, den Kranken helfen, die Händler bestrafen.

Belastungen der Familien solidarisch tragen

Auf Bundesebene fordern wir einen gerechten Familienlastenausgleich. Dafür sind eine Erhöhung des Kindergeldes und ein Steuersystem erforderlich, das sich an den tatsächlichen Belastungen der Kindererziehung orientiert. Kindergeld und Erziehungsgeld sollen so ausgestaltet werden, daß Kinder nicht zur Ursache für Armut von Familien werden können.

Wir setzen uns für ein Elternarbeitszeitkonto ein. Mütter und Väter sollen den Elternurlaub nicht ausschließlich in den ersten drei Lebensjahren eines Kindes nehmen können, sondern ihn - ohne Erhöhung des Anspruchsumfanges - nach den individuellen Bedürfnissen bis ins Jugendalter der Kinder verteilen können. Wir werden dafür sorgen, daß die Betreuung von Kindern in öffentlich geförderter Einrichtungen für alle Familien gesichert und bezahlbar bleibt.

Jugendarbeit an Jugendinteressen ausrichten

Wir wollen die Freiräume erweitern, in denen sich Kinder und Jugendliche erproben, ihre Freiheiten nutzen und ihre Fähigkeiten zur Konfliktbewältigung kennenlernen können. Im Miteinander der unterschiedlichen Jugendstufen wollen wir das Verbindende in der Jugendarbeit betonen. Die entwicklungsbedingte Abgrenzung gegenüber anderen Gruppierungen darf nicht in Ausgrenzung oder Feindschaft münden.

Mit der Einführung der Jugendpauschale haben wir die Möglichkeiten der Kommunen verbessert, flexibel und angemessen auf die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen zu reagieren. Durch Weiterbildungs- und Informationsangebote für die Jugendhilfeausschüsse wollen wir diese Möglichkeiten weiter ausbauen.

In der Jugendsozialarbeit werden wir die Einbeziehung von benachteiligten Jugendlichen konsequent weiterführen. Werkstattprojekte müssen sich stärker an der sozialpädagogischen Zielstellung von Betreuung und Begleitung orientieren. Den Einsatz von Streetworkern werden wir erweitern. In sozialen Brennpunkten wollen wir zielgerichtet Freizeitprojekte einrichten. An den Schulen werden die Einrichtung und der Ausbau von Schulsozialarbeit gefördert.

Jugendarbeit ist eine Investition in die Zukunft. Wir werden dafür sorgen, daß die hauptamtlichen Stellen für die Jugendarbeit beibehalten beziehungsweise ausgebaut werden. Besonders werden wir uns für die Schaffung von attraktiven Freizeitangeboten in den Dörfern einsetzen.

Renten sichern, Betreuung im Alter bedarfsgerecht gestalten

Allen Menschen in Deutschland muß ein menschenwürdiges Leben im Alter ermöglicht werden. Wir treten deswegen in Bonn für den Erhalt eines solidarisch finanzierten Rentensystems ein. Die Rentenversicherung muß zur Sicherung des derzeitigen Niveaus von versicherungsfremden Leistungen entlastet werden. Auch bislang nicht rentenversicherte Personengruppen (geringfügig Beschäftigte, Scheinselbständige, Beamte) sollen am solidarischen Sozialversicherungssystem beteiligt werden. Wir streben eine eigenständige Alterssicherung für Frauen an.

Wir wollen eine angemessene Anerkennung der Erziehungsjahre, ein Nachberechnungsrecht bei Frauenrenten und eine Lösung für die Probleme der Altgeschiedenen erreichen.

Wir wollen dafür sorgen, daß ältere Menschen mehr Möglichkeiten zur Teilhabe am öffentlichen Leben, zu einer weitgehenden sozialen und kulturellen Integration erhalten. Wohnortnahe Betreuungs- und Versorgungsangebote müssen weitaus differenzierter, dem sehr unterschiedlichen Bedarf und den individuellen Bedürfnissen entsprechend angeboten werden. Dabei ist im Interesse der Verbesserung der Lebensqualität die nach wie vor einseitige Orientierung auf Heimpflege zugunsten individueller und bedarfsweise betreuter Wohnformen sowie ambulanten Pflegeangebote deutlich zu reduzieren. Auch die noch zu strukturierende geriatrische Versorgung - die medizinische Behand-

lung und vor allem die Rehabilitation kranker alter Menschen - wollen wir wohnortnah und möglichst ambulant oder teilstationär vorhalten.

Wir sprechen uns für die Einrichtung eines Lehrstuhls für Geriatrie an einer sachsen-anhaltischen Universität aus.

Ehrenamtliches Engagement fördern

Ehrenamtliche Tätigkeit ist Ausdruck bürgerschaftlichen Engagements und ein unverzichtbarer Bestandteil unseres sozialen und demokratischen Gemeinwesens. Dabei müssen die Leistungen aus ehrenamtlicher Tätigkeit den Sozialstaat stärken; sie dürfen nicht dazu dienen, seinen Abbau zu rechtfertigen. Angesichts der gesellschaftlich wichtigen Arbeit, die von ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern erbracht wird, wollen wir dieses Engagement nach Kräften unterstützen.

Das Gesundheitssystem leistungsfähig erhalten

Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, das Gesundheitssystem in vollem Umfang leistungsfähig zu erhalten. Jede und jeder Versicherte muß die benötigten Leistungen in Anspruch nehmen können. Eine Zweiklassen-Medizin darf es nicht geben.

Zur Kostensenkung muß die Zusammenarbeit von ambulantem und stationärem Bereich durch Erhalt oder Neuzulassung von Fachambulanzen an Krankenhäusern gestärkt werden. Außerdem muß die Rolle des Hausarztes bei Sicherung der freien Arztwahl sowie die Vorsorge und Beratung im Vergleich zur apparativen Medizin höher bewertet werden. Wir treten für die Einführung der Positiv-Liste für Medikamente ein.

Den Krankenhaus-Perspektivplan für Sachsen-Anhalt werden wir umsetzen. Wir werden die Qualifizierung von Krankenhausleitungen im Sinne eines modernen Managements und vernetzter Versorgungsstrukturen unterstützen. Für bestehende, nicht ausgelastete Rehabilitationseinrichtungen werden wir ergänzende Nutzungsmöglichkeiten prüfen.

Selbsthilfegruppen und Selbsthilfekontaktstellen werden wir weiter fördern.

Gesundheitsgefahren besser abschätzen

Wir wollen ein effektives Kontroll- und Überwachungssystem zur Vermeidung gesundheitsgefährdender Situationen sowie zur Minimierung der Gefahren etwa bei Betriebs- oder Transportunfällen mit gefährlichen Stoffen. Bei einer möglichen Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung sind umfangreiche Langzeitstudien erforderlich.

Mit HIV und AIDS umgehen lernen

HIV und AIDS-Prävention sehen wir als dauerhafte gesamtgesellschaftliche Aufgabe an: Bewährte Präventionsmodelle des öffentlichen Gesundheitsdienstes und der AIDS-Hilfen Sachsen-Anhalts wollen wir ausbauen.

Wir setzen uns dafür ein, daß Menschen mit HIV und AIDS in der Gesell-

schaft, im Arbeitsleben und in der öffentlichen Verwaltung aufgrund ihrer Immunschwächekrankheit weder diskriminiert noch benachteiligt werden.

Suchtkranken helfen, Drogenkonsum zurückdrängen

Unser Grundsatz bei der Drogenpolitik lautet: Drogenkonsum vorbeugen, den Kranken helfen, die Händler bestrafen.

Wir treten für eine verstärkte Drogenvorbeugung an unseren Schulen ein. Wir wollen die Aufklärungsarbeit und Vorbeugung in Kinder- und Jugendbereich insbesondere zu den Risiken sogenannter Designerdrogen verbessern.

Hauptproblem in der Suchtkrankenhilfe in Sachsen-Anhalt ist der Alkoholmißbrauch. Wir wollen die therapeutische Kette von niedrigschwelligen, ambulanten Angeboten bis hin zur Entgiftungs- und Entwöhnungsbehandlung mit Nachsorgeangebot verstärken. Die Aufklärung über gesundheitliche und soziale Risiken des Alkoholkonsums muß ausgeweitet werden. Wir wollen verbesserte ambulante Entwöhnungsmöglichkeiten, Übergangseinrichtungen für die Zeit nach einem Entzug sowie Initiativen der Angehörigenhilfe unterstützen.

Hilfe für die Suchtkranken darf nicht durch eventuelle strafrechtliche Maßnahmen verhindert werden. Die polizeiliche Bekämpfung des illegalen Drogenhandels soll auf die Strafverfolgung der Drogenhändler konzentriert werden.

Innere Sicherheit gewährleisten

Die SPD setzt darauf, durch Bekämpfung der Ursachen von Kriminalität Straftaten zu verhindern und die Erscheinungsformen von Kriminalität wirksam zu bekämpfen.

Die SPD will eine bürgernahe Polizei, die durch ihre Präsenz Sicherheit im Alltag schafft.

Straftaten vorbeugen

Wir stehen für eine Politik, die mit einer frühzeitig einsetzenden, langfristigen angelegten Vorbeugung unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen der Kriminalität entgegenwirkt. Zur Vorbeugung gehört nicht nur die intensive Aufklärung der Bevölkerung darüber, wie sie sich vor Straftaten schützen kann. Sie muß gleichermaßen zum Ziel haben, das Rechtsbewußtsein junger Menschen zu entwickeln und zu stabilisieren. Wir wollen dafür sorgen, daß sie in einer Gesellschaft aufwachsen, in der soziales Verhalten angesehen ist, Gewalt und Kriminalität dagegen geächtet sind.

Wir treten durch aktive Aufklärung Kräften entgegen, die aus politischem oder kommerziellem Interesse unsachliche Schreckensbilder zur Kriminalitätsentwicklung malen und damit Ängste in der Bevölkerung schüren.

Jugendkriminalität hat viele Ursachen. Das soziale Umfeld, die Integration in der Schule, die Perspektiven bei Ausbildung und Arbeitsplätzen sowie

die Normvorstellungen der Jugendlichen spielen eine wesentliche Rolle, ob Jugendliche straffällig werden. Der Jugendkriminalität entgegenzuwirken ist daher eine Aufgabe für verschiedene Politikbereiche und für alle in Staat und Gesellschaft Verantwortlichen - wie Familie, Schule, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Vereine und Jugendgruppen.

Der Anstieg der Jugendkriminalität erfordert wirksam präventive jugend- und sozialpolitische Konzepte. Desweiteren müssen soziale Perspektiven in Form eines ausreichenden Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebotes eröffnet werden. Beim angemessenen polizeilichen Vorgehen unter besonderer Berücksichtigung der Situation der Jugendlichen haben sich Jugendkommissariate, in denen auch Sozialarbeiter die Jugendlichen betreuen, bewährt.

Vorbeugung muß Vorrang vor Strafverfolgung und Repression haben. Deshalb lehnen wir eine Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters entschieden ab. Stattdessen werden wir auch weiterhin das Anliegen verfolgen, daß erzieherischen Maßnahmen der Vorrang vor gerichtlichen Verfahren und traditionellen Sanktionen gegeben wird. Die Jugendstrafe muß das letzte Mittel und ihr Vollzug den Fällen vorbehalten bleiben, in denen das Sicherheitsinteresse der Gesellschaft dies gebietet.

Durch Polizeipräsenz Sicherheit im Alltag schaffen

Seit 1994 haben wir viel zur Erhöhung der Sicherheit in unserem Land bewirkt. Für die Gewährleistung der inneren Sicherheit in unserem Land ist eine hoch motivierte, gut ausgerüstete und leistungsfähige Polizei unentbehrlich. Dafür haben wir die Voraussetzungen geschaffen. Eine zukunftsweisende Umstrukturierung ermöglicht es der Polizei verstärkt, auf der Straße präsent und damit dort tätig zu sein, wo man sie braucht, und versetzt sie in die Lage, konsequent einschreiten zu können, wenn dies nötig ist. Die flächendeckende Einrichtung von Polizeistationen hat zu mehr Bürgernähe geführt. Durch die Polizeistrukturenreform und das Personalkonzept „Polizei 2000“ konnten zahlreiche Beamte für den Dienst auf der Straße freigestellt werden.

Bei der Polizeidichte nimmt Sachsen-Anhalt bundesweit einen der Spitzenplätze ein. Die polizeiliche Aufklärungsquote ist angestiegen, und die Zahl der Straftaten ist seit 1996 rückläufig. Dies ist ein Erfolg unserer Polizei. Mit unserer Politik haben wir die Grundlagen für diesen Erfolg geschaffen. Den eingeschlagenen Weg werden wir fortsetzen.

Sicherheit ist nicht nur Sache von Polizei und Justiz, sondern geht jede und jeden einzelnen von uns an. Zivilcourage sowie eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit von Bürgerinnen und Bürgern und der Polizei können das Entdeckungsrisiko für potentielle Straftäter erhöhen, Kriminalitätsbrennpunkte entschärfen und der Kriminalität Grenzen setzen. Wir werben dafür, mehr Eigenverantwortung für die eigene Sicherheit und im sozialen Umfeld zu übernehmen. Bürgerwehren oder freiwillige Polizeihelfer lehnen wir ab. Sie sind kein Ersatz für eine gut ausgebildete Polizei und täuschen nur scheinbare Sicherheit vor.

Der das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung in besonderer Weise beein-

trächtigen Gewaltkriminalität wird unser Augenmerk gelten. In diesem Bereich konnten wir in der vergangenen Zeit zwar Erfolge erzielen, die in den Straftaten insbesondere junger Menschen zum Ausdruck kommende Gewaltbereitschaft bleibt jedoch ein Alarmzeichen. Hier muß die Arbeit der Polizei neben der Strafverfolgung auch auf die Vermeidung gewaltträchtiger Situationen gerichtet sein. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, das Ungleichgewicht bei der Ahndung von Eigentums- und Gewaltdelikten zu beseitigen.

Organisierte Kriminalität bekämpfen

Die organisierte Kriminalität bedeutet für den Rechtsstaat eine neue Form der Bedrohung. Sie zeichnet sich durch enorme Gewaltbereitschaft und durch rücksichtsloses Gewinnstreben aus. Ihre konsequente Bekämpfung ist für uns daher ein wichtiges kriminal- und gesellschaftspolitisches Anliegen.

Durch die Einrichtung von Fachkommissariaten bei den Polizeidirektionen sowie entsprechender Dezernate bei den Staatsanwaltschaften zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität haben wir die Strafverfolgung in diesem Bereich erheblich verbessert. Wir werden den eingeschlagenen Weg konsequent fortsetzen und alles tun, um organisierte Kriminalität im rechtlich zulässigen Umfang zu bekämpfen.

Für eine bürgernahe und moderne Justiz

Die SPD will den Rechtsfrieden sichern und den Bürgerinnen und Bürgern schnell und wirkungsvoll zu ihrem Recht verhelfen.

Die SPD will das Rechtswesen einfacher, effizienter und bürgerfreundlicher gestalten.

Die SPD will umfassende Rechtssicherheit bei Eigentumsfragen schaffen.

Gerichtsverfahren beschleunigen

Wir wollen alle Möglichkeiten der Beschleunigung und Effektivierung staatsanwaltlicher und gerichtlicher Verfahren nutzen und weiter ausbauen. Dabei darf es aber nicht um die Einschränkung des Rechtsschutzes, sondern es muß um seine wirkungsvolle Ausgestaltung gehen. Bei der Bekämpfung von Straftaten hilft der Ruf nach immer neuen und härteren Gesetzen nicht weiter. Es gilt vielmehr, die bestehenden Gesetze konsequent anzuwenden.

Das Rechtswesen bürgerfreundlicher und wirksamer gestalten

In der Justiz ist mehr Transparenz, Vereinfachung und weniger Bürokratie erforderlich. Die Gerichtsverfassung muß reformiert, die Organisation der Gerichte verbessert, vorhandene Reserven müssen besser genutzt

werden. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, daß die Gerichtsstruktur in der ordentlichen Gerichtsbarkeit durch einen vereinfachten, dreigliedrigen Aufbau mit einem einheitlichen Eingangsgeschicht ersetzt wird. Wir werden darauf hinwirken, die Gerichte, Verfahren und Verfahrensordnungen mit dem Ziel der Einheitlichkeit zu reorganisieren. Wir wollen von den hoch arbeitsteiligen Organisationsstrukturen in der Justiz abrücken und flächendeckend Serviceeinheiten mit Bearbeiter-Teams schaffen. Wir werden die Justiz auch dadurch wirtschaftlicher und leistungsfähiger gestalten, daß wir neue betriebswirtschaftliche Steuerungskonzepte erproben und einführen, um die Richter weitgehend von rechtsprechungsfremden Aufgaben zu befreien.

Durch die Einrichtung und den Ausbau von Justizzentren in Magdeburg, Halle, Dessau und Stendal wollen wir Anlaufstellen schaffen, an die sich rechtssuchende Bürgerinnen und Bürger in allen Angelegenheiten wenden können. Die Dienstleistungsorientierung der Justiz wollen wir entscheidend verbessern.

Wir wollen die Rolle der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter ausbauen. Wegen der Ausübung ihres Ehrenamtes dürfen ihnen keine beruflichen oder finanziellen Nachteile entstehen.

Durch die Einrichtung von anwaltlichen Beratungsstellen an vielen Gerichten haben wir die Möglichkeiten der Rechtsberatung deutlich verbessert. Wir werden diese Möglichkeiten erweitern, damit allen Bürgerinnen und Bürgern unabhängig vom Einkommen eine qualifizierte Rechtsberatung zur Verfügung gestellt werden kann.

Opferbelange in den Vordergrund stellen

Große Bedeutung hat für uns der angemessene Umgang mit Zeugen, insbesondere mit Kindern als Opferzeugen sowie Opfern sexueller Gewalt. Die Hilfsangebote der Opferberatung des Sozialen Dienstes der Justiz in unserem Land werden daher mit dem Ziel flächendeckender Präsenz weiter ausgebaut. Initiativen zur Verbesserung der Situation der Opfer im Strafverfahren - wie die Zeugenvernehmung auf Video - finden unsere Unterstützung.

Die Angebote zum Täter-Opfer-Ausgleich werden wir erweitern. Über Strafe und Schadenersatz soll in einem einzigen Verfahren entschieden werden können. Dabei wollen wir den Geschädigten mit einfachen Formulare die frühzeitige Antragstellung ohne anwaltlichen Beistand ermöglichen.

Resozialisierung ermöglichen

Justizvollzugsanstalten mit menschenwürdigen Haftbedingungen sowie ausreichendes und qualifiziertes Personal im Justizvollzug sind ein wesentlicher Baustein der öffentlichen Sicherheit. Wir werden daher den Weg zu einem modernen Behandlungsvollzug konsequent fortführen. Durch Ausbildungs-, Beratungs- und Therapieangebote, auch nach der Haftentlassung, wollen wir auch im Interesse der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger eine erfolgreiche Wiedereingliederung von Straftätern unterstützen.

Schlichten statt richten

Wir wollen die vor- und außergerichtliche Streitschlichtung erweitern und verbessern. In bestimmten Fällen werden wir die Anrufung des Gerichts von einem vorherigen außergerichtlichen Schlichtungsversuch abhängig machen. Dazu wollen wir das bestehende Netz von Schlichtungsstellen in Sachsen-Anhalt intensiv ausbauen.

Rechtssicherheit in Eigentumsfragen schaffen

Wir werden uns weiter und verstärkt für eine zügige Abarbeitung der noch unerledigten Verfahren bei den ungeklärten Eigentumsverhältnissen einsetzen. Dabei müssen die Interessen derjenigen, die in der DDR in redlicher Weise Rechtspositionen erworben haben, geschützt werden. Allen Versuchen, am Bestandsschutz der Ergebnisse der Bodenreform zu rütteln, werden wir uns energisch widersetzen.

Die bereits fortgeschrittene Einführung des elektronischen Grundbuchs bei neun Amtsgerichten wollen wir voranbringen mit dem Ziel, das althergebrachte Papier-Grundbuch durch ein digitales System in allen Grundbuchämtern des Landes zu ersetzen. Durch seine Vernetzung mit Notaren, Kreditinstituten, Versicherungen und Behörden werden Eintragungen wesentlich beschleunigt. Auch die Justiz leistet damit einen wichtigen Beitrag für die Wirtschaftsentwicklung in Sachsen-Anhalt.

Wir setzen uns dafür ein, den Rechtsweg bei der Beibringung von Forderungen zu beschleunigen und zu vereinfachen. Wir werden uns auf Bundesebene für eine Neugestaltung des Insolvenzrechts stark machen, das Kleinunternehmer nicht benachteiligt.

Für Gleichstellung - gegen Diskriminierung

Die SPD will, daß sich alle Bürgerinnen und Bürger im Rahmen eines solidarischen Zusammenlebens in unserer Gesellschaft frei entfalten können. Sie tritt jeder Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Alter, Nationalität, Hautfarbe, Weltanschauung, sexueller Orientierung oder aufgrund einer Behinderung entschieden entgegen.

Die SPD will die rechtlichen, materiellen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern ausbauen.

Die SPD sieht Seniorenpolitik nicht nur als Sozialpolitik. Wir wollen die Einbeziehung der Älteren in das politische und gesellschaftliche Leben.

Die SPD tritt für ein friedliches Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft in einer multikulturellen Gesellschaft ein.

Die SPD setzt sich dafür ein, Benachteiligungen von Schwulen und Lesben abzubauen.

Die SPD will, daß Behinderte in Gesellschaft und Berufsleben aktiv integriert werden.

Diesen Grundsätzen werden wir in der kommenden Wahlperiode durch ein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz in Sachsen-Anhalt Rechnung tragen, das alle betroffenen Personengruppen einschließt.

Gleichstellung von Frauen und Männern durchsetzen

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist in unserer Gesellschaft noch längst nicht erreicht. In vielen Bereichen gibt es Versuche, bereits erzielte Erfolge - etwa bei der Gleichberechtigung von Frauen im Erwerbsleben - zurückzudrängen. Während die rechtliche Gleichstellung nahezu vollständig verwirklicht ist, blockieren viele andere Gründe die Entfaltungsmöglichkeiten von Frauen. Diese Gründe reichen von der faktischen Ausgrenzung von Mädchen aus bestimmten Ausbildungsgängen über die Schwierigkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bis hin zu diskriminierenden Vorbehalten bei Männern.

Wir treten für ausgleichende Maßnahmen in Staat und Gesellschaft ein, um Chancengleichheit für Frauen zu erreichen.

Das Ziel der Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein umfassender Bestandteil unserer Politik. Deshalb sind in diesem Programm die Forderungen nach besseren Chancen für Frauen an verschiedenen Stellen zu finden.

Frauen, die von Gewalt bedroht sind, sollen in Frauenhäusern, Mädchenhäusern, Beratungsstellen und durch Notrufe Hilfe erhalten. Dieses Angebot wollen wir sicherstellen. Mißhandelten Frauen und ihren Kindern soll unbürokratisch Wohnraum zugewiesen werden können.

Mitwirkung von Älteren ausbauen

In unserer Gesellschaft leben immer mehr ältere und immer weniger junge Menschen. Mit dieser Entwicklung sind Chancen und Risiken verbunden. Wir wollen durch unsere Politik Risiken eingrenzen und Chancen nutzen.

Das gewohnte Altersbild - alt gleich pflegebedürftig - ist überholt und muß überwunden werden. Wir setzen uns dafür ein, die Mitwirkungschancen der Älteren in Politik und Wirtschaft, in Kultur und Gemeinwesen auszubauen und die Übernahme von Verantwortung zu gewährleisten. Eine wichtige Möglichkeit der Teilhabe sind Seniorenbeiräte auf kommunaler und Landesebene. Deren Arbeit wollen wir unterstützen.

Ausländer integrieren, Fremdenfeindlichkeit abwehren

Wir werden Maßnahmen unterstützen, die auf eine Förderung von Verständnis und Toleranz gegenüber Ausländerinnen und Ausländern sowie anderen gesellschaftlichen Minderheiten gerichtet sind. In besonderer Weise wollen wir dafür internationale Begegnungen sowie Austauschprogramme und Partnerschaften fördern. Fremdenfeindlichkeit werden wir weiterhin entschlossen entgegentreten. Dazu gehört polizeiliches und strafrechtliches

Vorgehen gegen fremdenfeindlichen Extremismus und fremdenfeindliche Gewalt.

Unsere an humanitären Grundsätzen ausgerichtete Ausländerpolitik werden wir fortsetzen. Unser Ziel ist es, allen ausländischen Bürgerinnen und Bürgern ein Leben frei von Angst und frei von staatlicher oder gesellschaftlicher Diskriminierung in Sachsen-Anhalt zu gewährleisten. Dazu werden wir die Ermessensspielräume des teilweise restriktiven Ausländerrechts des Bundes soweit möglich zugunsten der Betroffenen nutzen. Auf Bundesebene werden wir uns für ein humaneres Ausländerrecht einsetzen.

Flüchtlinge werden künftig möglichst dezentral in kleinen Unterkünften untergebracht. Für diejenigen, die auf Dauer bei uns bleiben können, wird die Integration durch die vorrangige Unterbringung in Einzelwohnungen erleichtert. Das gleiche gilt für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, denen durch das schon bewährte Projekt "Arbeit statt Sozialhilfe" zur beruflichen Integration verholfen werden soll.

Schwule und Lesben akzeptieren

Wir wollen die Akzeptanz gegenüber Schwulen und Lesben in unserer Gesellschaft fördern. Rechtliche Diskriminierungen müssen abgebaut werden. Dafür werden wir uns auch auf Bundesebene verstärkt einsetzen.

Menschen mit Behinderungen integrieren

Menschen mit Behinderungen haben wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger einen Anspruch auf ein menschenwürdiges Dasein, eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, auf Selbstbestimmung und die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit.

Entsprechend dem Normalisierungsprinzip muß die gemeinsame Erziehung von behinderten und nichtbehinderten Kindern in Kindertageseinrichtungen und Schulen weiter verstärkt werden.

Wir wollen Menschen mit Behinderungen neue Integrationsmöglichkeiten in den regulären Arbeitsmarkt eröffnen. Bei den Werkstätten für Behinderte setzen wir uns deshalb dafür ein, daß neue Konzepte für den Übergang in den ersten Arbeitsmarkt entwickelt werden. Die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen in Außenarbeitsplätzen ist als Alternative zu den Werkstätten verstärkt zu realisieren. Die bisher als Modellvorhaben erprobten Integrationsfirmen sollen weiter ausgebaut werden.

Ausgehend von dem Grundgedanken, daß man nicht behindert ist, sondern behindert wird, sind insbesondere öffentliche Gebäude und Geschäfte barrierefrei und behindertengerecht zu gestalten.

Die Rahmenbedingungen: Infrastruktur und Umwelt

Soziale Baupolitik - für bezahlbare Wohnungen, für lebenswerte Städte und Dörfer

- Lebensqualität in Stadt und Dorf verbessern
- Bezahlbaren und ausreichenden Wohnraum sichern
- Mieterrechte schützen
- Genossenschaften erhalten und stärken
- Den ländlichen Raum gezielt entwickeln
- Neue Perspektiven für die Bauwirtschaft eröffnen

Neue Wege im Verkehr - für wirtschaftliche Entwicklung und Lebensqualität

- Verkehrsprojekte Deutsche Einheit schnell umsetzen
- Ortsumgehungen vorrangig verwirklichen
- Öffentlichen Nah- und Fernverkehr attraktiver gestalten
- Gütertransport erleichtern, Umweltbelastung verringern
- Arbeitsplatzeffekte nutzen
- Die Straße als städtischen Lebensraum gestalten
- Verkehrssicherheit erhöhen

Eine nachhaltige Entwicklungsperspektive für unser Land

- Eine zukunftssichere Energiepolitik durchsetzen
- Die Naturreichtümer Sachsen-Anhalts schützen und vermehren
- Wasservorräte sichern
- Müll vermeiden

Moderne Verwaltungsstrukturen in Land und Kommune

- Landesverwaltung bürgernäher, flexibler und effektiver gestalten
- Kommunale Dienstleistungen bürgernah anbieten

Soziale Baupolitik - für bezahlbare Wohnungen, für lebenswerte Städte und Dörfer

Die SPD will die Lebensqualität in Städten und Dörfern erhöhen. Die städtebauliche Entwicklung der Plattenbausiedlungen ist dabei ein Schwerpunkt unserer Politik.

Die SPD will bezahlbaren und ausreichenden Wohnraum sichern. Dafür ist ein verbessertes Wohngeld unverzichtbar. Die Erfüllung von Privatisierungsaufgaben darf den Mietern keine Nachteile bringen.

Die SPD will die Rechte von Mieterinnen und Mietern sichern.

Die SPD will das historisch gewachsene Genossenschaftswesen ausbauen und stärken.

Die SPD will die Entwicklung des ländlichen Raums durch die Stärkung der zentralen Orte fördern.

Die SPD will eine leistungsfähige Bauwirtschaft erhalten. Zu den Zukunftsaufgaben gehört die Erweiterung kostenparenden und ökologischen Bauens.

Lebensqualität in Stadt und Dorf verbessern

Die Lebensqualität in den Städten und Dörfern Sachsens-Anhalts steht im Mittelpunkt unserer Wohnungs- und Städtebaupolitik. Wir möchten den Menschen Möglichkeiten zur Identifikation und zur Mitgestaltung bieten. Bereits bei der Planung sollen die Bewohner einbezogen werden und Verantwortung für ihren Ort übernehmen. In den Wohnvierteln werden wir zusammen mit der Wohnungswirtschaft und dem Mieterbund Mieter- und Stadtteilinitiativen unterstützen.

Wir werden die Sanierung und Entwicklung der historischen Innenstädte unseres Landes fortsetzen und damit die heimische Wirtschaft unterstützen und Arbeitsplätze sichern. Wir wollen die Funktionen der städtischen Zentren wiederbeleben und stärken und damit zur sozialen, kulturellen und ökologisch nachhaltigen Entwicklung der Städte beitragen. Diesem Ziel dient auch die Entwicklung der Plattenbausiedlungen. Wir wollen verhindern, daß aus Stadtteilen reine Schlafstädte werden. Kinderspielplätze, Jugendtreffs, Seniorentreffs, Einzelhandel und Dienstleistungen in Wohnungsnähe sowie eine bedarfsgerechte Verkehrsinfrastruktur sind kein Luxus, sondern Grundbestandteil der Lebensqualität.

Wir wollen die soziale Mischung in den Plattenbausiedlungen erhalten.

Bezahlbaren und ausreichenden Wohnraum sichern

Wir werden weiter dafür arbeiten, daß allen Menschen bezahlbares Wohnen mit einem angemessenen Standard ermöglicht wird. Der Schwerpunkt

unserer Politik liegt deswegen auch in den nächsten Jahren auf Sanierungsmaßnahmen im Wohnungsbestand, der Leerstands-beseitigung im sanierungsfähigen Altbau und in den Plattenbausiedlungen. Zusammen mit der Wohnungswirtschaft werden wir dafür sorgen, daß heutigen und zukünftigen Anforderungen an das Wohnen Rechnung getragen wird. Dabei werden wir besonders die Interessen von alten und behinderten Menschen berücksichtigen. Wir wollen dafür sorgen, daß ausreichend Wohnraum für Familien, insbesondere auch für Alleinerziehende, angeboten wird. Neue Wohnformen wie Jugendwohnprojekte und betreutes Wohnen wollen wir modellhaft begleiten und voranbringen.

Ein bedarfsgerechtes Wohngeld ist nicht nur ein Rechtsanspruch der Mieter, sondern auch im Interesse der Wohnungswirtschaft. Wir werden uns für eine bundeseinheitliche Neuregelung einsetzen, in der die Interessen der Bürgerinnen und Bürger Ostdeutschlands zum Tragen kommen.

Mieterrechte schützen

Auch bei der Erfüllung der Privatisierungsaufgaben nach dem Altschuldenerhilfegesetz müssen die Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner im Vordergrund stehen. Die Privatisierung muß vorrangig zugunsten der Bewohnerinnen und Bewohner durchgeführt werden. Den Mieterinnen und Mietern, die ihre Wohnungen nicht erwerben können oder wollen, dürfen keine Nachteile entstehen.

Die Sicherung der Mieterrechte ist ein Schwerpunkt unserer Politik. Unser Ziel ist es, durch eine Vereinfachung des Mietrechts die Rechtssicherheit für alle Beteiligten zu erhöhen. Dafür werden wir uns im Bund einsetzen. Veränderungen zu Lasten der Mieterinnen und Mieter werden wir nicht mittragen.

Genossenschaften erhalten und stärken

Das Genossenschaftswesen sehen wir als eine historisch gewachsene Form der Mieterbeteiligung. Wir werden deswegen weiterhin Genossenschaften fördern, insbesondere auch die Neugründung von Genossenschaften. Dabei steht für uns der Gedanke der gemeinsamen Verantwortung aller und nicht die Eigentumsorientierung im Vordergrund.

Den ländlichen Raum gezielt entwickeln

Wir müssen verhindern, daß die Zersiedelung des ländlichen Raums einerseits und Leerstand und Brachflächen in den Städten andererseits die Lebensqualität sowohl in den Dörfern als auch in den Städten herabsetzen. Wir werden Dörfer, Stadtteile und Städte gezielt weiter entwickeln. Wir werden Ausbau, Sanierung und Umnutzung landwirtschaftlicher Gebäude durch eine Erweiterung des Dorferneuerungsprogramms besonders fördern. Städtebaulicher Denkmalschutz und Städtebauförderung erhöhen die Attraktivität der Städte. Bestandspflege, Identitätsbewahrung sowie Modernisierung oder Neuschaffung der Infrastruktur werden auch in Zukunft im Mittelpunkt unserer Politik für den ländlichen Raum stehen.

Neue Perspektiven für die Bauwirtschaft eröffnen

Die Bauwirtschaft wird auf Dauer ein wichtiger Wirtschaftszweig in unserem Land sein. Seit 1994 konnte der Anteil der an sachsen-anhaltische Unternehmen vergebenen Aufträge deutlich gesteigert werden. Wir werden mit Förderprogrammen und öffentlichen Aufträgen die Verbesserung der Auftragslage unserer Bauunternehmen weiter unterstützen. Wir werden die vorhandenen Präferenzrichtlinien konsequent anwenden und die Aufträge so ausschreiben, daß unsere einheimische mittelständische Bauwirtschaft davon profitieren kann.

Kostensparendes und ökologisches Bauen bedeutet Bauen für die Zukunft. Wir werden dies bei öffentlichen Bauten verstärkt berücksichtigen und damit richtungsweisend wirken. Wir wollen zeigen, daß ökologisches Bauen den Kostenvergleich mit herkömmlichen Bauweisen besteht. Wir wollen auch privaten Bauherren neue Möglichkeiten für preisgünstiges Bauen und gesundes Wohnen eröffnen. Um dafür Bauland zu günstigen Konditionen anbieten zu können, werden wir zusammen mit den Kommunen verstärkt das Instrument des Erbbaurechts entwickeln.

Wir wollen Innovationen auch im Bereich des Bau- und Wohnungswesens fördern. Neue Planungs- und Bauverfahren und Beiträge zur Erhöhung der Kostentransparenz und Wirtschaftlichkeit im Wohnungs- und Städtebau wollen wir gezielt unterstützen. Sachsen-Anhalt soll an seinen Traditionen anknüpfen und auch im Bau- und Wohnungswesen wieder national und international zum Ausgangspunkt von zukunftsweisenden Konzepten und Technologien werden. Die Beiträge des Landes Sachsen-Anhalt als Korrespondenzregion zur EXPO 2000 bieten dazu einen Anknüpfungspunkt.

Wir werden in der nächsten Wahlperiode die Landesbauordnung bürgerlicher und investitionsfreundlicher gestalten und an EU-Recht anpassen.

Neue Wege im Verkehr - für wirtschaftliche Entwicklung und Lebensqualität

Die SPD will Verkehrswege, die den Menschen nützen: für ihre Mobilität, für mehr Lebensqualität. Wir wollen eine Infrastruktur, die einen wirtschaftlichen Entwicklungsschub in Sachsen-Anhalt unterstützt.

Die SPD will die Bedeutung von Verkehrswirtschaft und Verkehrswegebau zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen für unser Land nutzen.

Die SPD will den öffentlichen Verkehr stärken und attraktiver machen. Schienengebundener Verkehr hat dabei Vorrang.

Die SPD will bei der Umsetzung dieser Ziele die begrenzten finanziellen Mittel effizient einsetzen: die verschiedenen Verkehrsträger müssen, jeder nach seinen Stärken, optimal eingesetzt und intelligent miteinander verknüpft werden.

Verkehrsprojekte Deutsche Einheit schnell umsetzen

Durch unser Land verläuft die größte Zahl der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit. Allein im Straßenbau sind mit dem Neubau der A 14 (Magdeburg-Halle) und der A 38 / A 143 (Göttingen-Halle, einschließlich Autobahnring Halle) sowie dem sechsspurigen Ausbau von A 2 und A 9 vier Projekte im Bau, die nicht nur für den Transitverkehr durch Sachsen-Anhalt, sondern vor allem auch für die innere Erschließung des Landes von größter Bedeutung sind. Deshalb setzen wir uns für ihre zügige Umsetzung ein.

Die Hochgeschwindigkeitsstrecke Erfurt - Halle - Berlin und die Verbindung Salwedel - Uelzen müssen zügig verwirklicht werden. Durch den Bau des Flughafenbahnhofs werden wir den Flughafen Leipzig/Halle an den Schienenfern- und -nahverkehr anbinden. Neben der ICE-Anbindung Magdeburgs muß Stendal zu einem Knotenbahnhof zwischen ICE-Linie und einer leistungsfähigen Nord-Süd-Verbindung werden. Wir werden in der Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn darauf drängen, die Schienenfernverkehrsanbindung Sachsens-Anhalts, seiner großen Städte und der Regionen des Landes weiter zu verbessern und durch weitere Lückenschlüsse das Schienennetz in Richtung Westen zu vervollständigen.

Der Ausbau des Wasserstraßenkreuzes Magdeburg als Teil des Verkehrsprojekts Deutsche Einheit Nr. 17 wertet die verkehrliche Situation der Region erheblich auf.

Ortsumgehungen vorrangig verwirklichen

Beim Straßenbau werden wir weiterhin dem Ausbau Vorrang vor dem Neubau geben. Die wichtigste Aufgabe ist der Bau von Ortsumgehungen zur Entlastung der Ortschaften vom Durchgangsverkehr und zur Stärkung der Wirtschaftskraft durch eine leistungsfähige Vernetzung der Regionen. Dazu gehören auch der Bau der neuen Bundesstraße 6 am Nordrand des Harzes einschließlich ihrer Verbindung mit der A 14 und darüber hinaus bis zur A 9 bei Dessau sowie die Umsetzung der Verkehrsstudie Nordost für die Altmark. Für den Ausbau der Infrastruktur streben wir preisgünstigere Lösungen an, um mit knappen Haushaltsmitteln mehr Vorhaben verwirklichen zu können. Den mit dem Infrastrukturprogramm verstärkten und beschleunigten Ausbau von Landesstraßen und kommunalen Straßen werden wir fortsetzen.

Öffentlichen Nah- und Fernverkehr attraktiver gestalten

Sachsen-Anhalt hat im bundesweiten Vergleich eine sehr hohe Dichte an Eisenbahnstrecken. Wir werden uns für den Erhalt des für den Nahverkehr erforderlichen Streckennetzes einsetzen. Nach den großen Investitionen in die Fernverkehrsstrecken muß jetzt auch in die Qualität des Nahverkehrsnetzes investiert werden. Dazu gehören auch Neubauvorhaben wie die S-Bahnstrecke Halle - Leipzig. Die Bahnhöfe müssen moderne Schnittstellen zwischen Bahn, Straßenbahn, Bus, Fahrrad und Auto werden. Wo es sinnvoll ist, müssen neue Haltepunkte geschaffen und bestehende verlegt werden, um Siedlungen und Arbeitsplätze besser zu erschließen. Wir werden die Vernetzung

zung von Bahnen und Bussen hin zu einem Verkehrsverbund mit Integriertem Taktverkehr, einheitlichem und sozial verträglichem Tarif sowie kundenfreundlichem Service weiterentwickeln. Bei Bahn und Bus wollen wir mit neuen Fahrzeugen, einem modernen Informationsservice, besseren Verbindungen und Anschlüssen ein attraktives Angebot schaffen. Mit Stadtbussen in den Mittelstädten, Rufbus und Anruf-Sammel-Taxis abseits der starken Verkehrsströme wird die Reichweite des öffentlichen Verkehrs erhöht. Die Zugangsmöglichkeiten für Behinderte zu öffentlichen Verkehrsmitteln müssen weiter verbessert werden.

Wir setzen uns weiter dafür ein, daß die Interessen von Frauen als besonders wichtiger Kundengruppe bei der Planung des öffentlichen Nahverkehrs stärker berücksichtigt werden.

Gütertransport erleichtern, Umweltbelastung verringern

Wir werden die Infrastruktur für den Güterverkehr weiter verbessern und Investitions-Förderentscheidungen auch in Zukunft mit Prioritätensetzungen im Verkehrswegebau verknüpfen. Durch den Ausbau des kombinierten Verkehrs, den Bau des Güterverkehrszentrums Magdeburg und die Förderung des Direktanschlusses von Betrieben und Häfen an das Schienennetz sollen die spezifischen Vorteile von Bahn und Straße miteinander verknüpft werden. Kleinere Güterverteilzentren in den Regionen sollen diese Entwicklung unterstützen.

Wir werden die Förderung der landesbedeutsamen Häfen fortsetzen und Einrichtungen für den Binnenschiffverkehrsverkehr dort fördern, wo es der Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße dient. Einen Ausbau natürlicher Wasserläufe auf Kosten gewachsener Auenlandschaften oder parallel zu Güterverkehrsstrecken der Bahn wollen wir vermeiden. Wir werden die erfolgreiche Förderung der Fähren fortführen und mit der Investition in ihre Modernisierung die Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen Fährbetrieb schaffen.

Arbeitsplatzeffekte nutzen

Verkehrsgewerbe, Verkehrstechnik und Verkehrswegebau sind Branchen mit Zukunft und wichtige Arbeitgeber in Sachsen-Anhalt, die wir unterstützen und stärken werden.

Von seiner Rolle als traditionelles Eisenbahnland profitiert Sachsen-Anhalt auch auf dem Arbeitsmarkt: mit etwa 20.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist die Eisenbahn der größte private Arbeitgeber des Landes. Wir werden durch unsere Nahverkehrspolitik den heimischen Schienenfahrzeugbau stärken.

Beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur wollen wir dafür sorgen, daß einheimische Firmen sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verstärkt von den Investitionen profitieren. Deshalb werden wir weiter darauf achten, Großaufträge so auszuschreiben, daß kleine und mittlere Unternehmen aus Sachsen-Anhalt hiervon profitieren können. Besonders bei kleineren

Bauvorhaben sind die Erfahrungen der regionalen Bauwirtschaft vor Ort zu nutzen.

Ein Großflughafen in der Altmark würde wichtige Impulse für die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt geben und langfristig Arbeitsplätze für viele Menschen bieten. Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung hat im Gegensatz zu ihren Vorgängerregierungen mit dem Beschluß über die Einleitung des Raumordnungsverfahrens die Voraussetzungen für eine sorgfältige Prüfung geschaffen. Unabhängig von der Option eines Großflughafens müssen auch Projekte für eine nachhaltige wirtschaftliche und strukturelle Entwicklung der Altmark vorangebracht werden.

Wir werden die Modernisierung und den Ausbau des Flughafens Leipzig/Halle weiter unterstützen und dafür sorgen, daß die wirtschaftlichen Interessen Sachsens-Anhalts in der Flughafengesellschaft besser zur Geltung kommen.

Die Straße als städtischen Lebensraum gestalten

Der Lebensraum Straße in den Städten und Dörfern muß menschengerechter gestaltet werden. Das bedeutet nicht nur die Fortführung des Ortsumgehungsprogramms zur Verlagerung des Durchgangsverkehrs, sondern auch bessere Bedingungen für den Fahrrad- und Fußgängerverkehr sowie die Ausweitung verkehrsberuhigter Bereiche. Wir werden die Städte und Gemeinden bei der Planung von Radwegkonzeptionen verstärkt unterstützen sowie die Modellprojekte „Fahrradfreundliche Stadt“ und „Fußgängerfreundliche Stadt“ fortführen. Wir werden das Landesradwegprogramm fortführen und besonders in touristischen Regionen um weitere Angebote ergänzen.

Wir wollen die Stadt der kurzen Wege. Durch eine enge Verzahnung von Stadtentwicklung und Verkehrspolitik wollen wir überflüssigen Verkehr vermeiden und Verkehrsströme bündeln. Dafür wollen wir innerstädtische Standorte stärken, die Entstehung neuer Einkaufszentren und Siedlungen auf der „grünen Wiese“ verhindern und mit stadtverträglichen Verkehrskonzepten die Innenstädte vom Verkehr entlasten.

Verkehrssicherheit erhöhen

Wenn auch der Anstieg der Zahl der Verkehrsunfälle gestoppt werden konnte und die Zahl der Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang rückläufig ist, kommen auf unseren Straßen immer noch viel zu viele Menschen ums Leben.

Wir werden die gemeinsame Verkehrssicherheitsarbeit von Polizei, Straßenverkehrsbehörden sowie ehrenamtlichen Verkehrssicherheitsorganisationen zusammen mit Schulen, Kindergärten, Betrieben und Medien weiter ausbauen. Besonderes Augenmerk richten wir dabei auf Risikogruppen wie Fahranfänger und Senioren. Wir setzen uns weiterhin für eine bundesweite Null-Promille-Grenze ein.

Eine nachhaltige Entwicklungsperspektive für unser Land

Die SPD sieht keinen unlösbaren Gegensatz zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Umweltschutz. Wir wissen: Umweltschutz ist nicht nur Zukunftssicherung, sondern auch eine große wirtschaftliche Chance. Umwelttechnik und ökologisch verträgliche Produktionsverfahren gehören zu den erfolgreichen Wachstumsmotoren. Wir wollen Anreize für ökologisch verträgliches Wirtschaften bieten, um Arbeitsplätze zu sichern und neue, zukunftsorientierte Arbeitsplätze zu schaffen.

Die SPD setzt sich für eine nachhaltige, ökologisch dauerhaft verträgliche Entwicklung in Sachsen-Anhalt ein und will dieses Ziel in allen Politikfeldern umsetzen.

Die SPD will eine auf Ressourcenschonung ausgerichtete Energiepolitik durchsetzen.

Die SPD will die Vielfalt der Naturräume unseres Landes für die Bürgerinnen und Bürger und für kommende Generationen erhalten und Boden und Gewässer schützen.

Die SPD will Umweltbelastungen in Sachsen-Anhalt weiter reduzieren. Besonderes Augenmerk gilt der CO₂-Minderung als zentralem Bestandteil des Klimaschutzes.

Eine zukunftsichernde Energiepolitik durchsetzen

Die Energiebereitstellung zu einem angemessenen Preis-/Leistungsverhältnis gehört zu den wichtigen Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt. Wenn wir zukunftsorientiert wirtschaften wollen, brauchen wir eine Energiewende hin zu einer verstärkten Nutzung regenerativer Energieträger und eine auf die Erzeugung abgestimmte, sparsame Energieanwendung. Ein gesamtheitliches Energiekonzept mit der Entwicklung und Durchsetzung erneuerbarer Energien und dem Ziel der Verbesserung des Klimaschutzes braucht aktive politische Unterstützung durch Forschungspolitik und Markteinführungsstrategien. Wir setzen uns für Wärmedämmung und andere, der Energieeinsparung dienende Sanierungsmaßnahmen in Wohnungen und Gebäuden ein.

Wir lehnen die Anwendung der Kernenergie als unverantwortliche Technologie und energiepolitische Sackgasse ab. Wir sind entschieden gegen eine Fortführung der Betriebsgenehmigung für das atomare Endlager Morsleben über den 30. Juni 2000 hinaus und treten für eine zügige Durchführung des Planfeststellungsverfahrens zur Stilllegung ein.

Wir sehen in der Braunkohle bei Einsatz in hocheffizienten Kraftwerken mit hohem Wärmeauskopplungsgrad eine wichtige Größe im Energiemix in Sachsen-Anhalt. Wir wollen, daß neue Kraftwerke grundsätzlich nur als Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen errichtet werden.

Die Naturreichtümer Sachsen-Anhalts schützen und vermehren

Neben dem Artenschutz kommt dem Erhalt wertvoller Kulturlandschaften und der Renaturierung von Lebensräumen eine große Bedeutung zu. Wir setzen dabei auf die enge Zusammenarbeit der Behörden mit Umweltschutzverbänden und Landwirten sowie anderen Nutzern. Wir werden die Rechtsgrundlagen für den Bodenschutz weiter verbessern und uns für einen sparsamen Umgang mit unbebauten Flächen einsetzen.

Zur Sicherung und Wiederherstellung der natürlichen Lebensräume werden wir die Ausweisung von Landschafts- und Naturschutzgebieten fortsetzen und den Anbau standortgerechter Flurgehölze stärker fördern. Wir wollen das Biosphärenreservat Mittlere Elbe zu einem Biosphärenreservat Flußlandschaft Elbe weiterentwickeln und der Renaturierung von Flußlandschaften einen hohen Stellenwert einräumen, um das Vorhaben eines ökologischen Verbundsystems in Sachsen-Anhalt voranzubringen.

Unserem Ziel einer zivilen Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide sind wir durch Verhandlungserfolge bereits ein großes Stück nähergekommen. Dennoch bleibt es unsere Absicht, im Rahmen weiterer Abrüstungsschritte die Colbitz-Letzlinger Heide ebenso wie den Zeitzer Forst ausschließlich friedlich zu nutzen.

Umweltbildung und -erziehung sind für uns ein wesentlicher Bestandteil der gesellschaftlichen Entwicklung. Daher wollen wir Umweltzentren finanziell und personell sichern und als Partner der schulischen Umweltbildung unterstützen. Die institutionelle Förderung der anerkannten Naturschutzverbände werden wir gewährleisten.

Wasservorräte sichern

Wir wollen die Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigem Trinkwasser sichern und Grundwasser ebenso wie Oberflächengewässer vor weiteren Belastungen bewahren. Nach den bisher erzielten Erfolgen bei der Qualität der Fließgewässer muß jetzt den stehenden Gewässern verstärkte Aufmerksamkeit gelten. Beim Schutz von Trinkwasserreserven sind auch die Interessen künftiger Generationen zu gewährleisten.

Wir setzen uns weiterhin für eine effektive und bezahlbare Abwasserentsorgung ein. Dabei setzen wir auch auf neue Technologien. Biologische und natürliche Kläranlagen werden wir modellhaft fördern, um ihre Einsatzmöglichkeiten besser abschätzen zu können.

Wir werden weiterhin Maßnahmen zum ökologischen Hochwasserschutz umsetzen.

Müll vermeiden, Belastungen reduzieren

Weil das Abfallaufkommen in Sachsen-Anhalt immer noch zu hoch ist, setzen wir uns besonders für Müllvermeidung und Wiederverwertung ein. Wir werden die Kommunen bei allen Maßnahmen unterstützen, die der Abfallvermeidung dienen. In der dezentralen Kompostierung sehen wir eine sinnvolle Möglichkeit zur Verwertung des biologisch abbaubaren Siedlungsabfalls. Die thermische Verwertung von Restabfällen stellt für uns eine Alternative dar, die im Vergleich mit anderen Verwertungsverfahren anhand ihrer Umweltverträglichkeit zu beurteilen ist. Grundsätzlich muß bei der Festlegung von Einzugsbereichen für solche Anlagen eine länderübergreifende Zusammenarbeit möglich sein.

Beim Sommersmog wollen wir eine bundeseinheitliche Verschärfung der Grenzwerte erreichen, um die Gesundheit der Menschen zu schützen. Dazu ist es wichtig, die Schadstoffmengen zu verringern.

Das gestiegene Verkehrsaufkommen und die rege Bautätigkeit in unserem Land haben dazu geführt, daß die Belastung durch Lärm in den letzten Jahren stetig gestiegen ist. Wir werden den passiven Schutz vor Lärm durch Schallschutzfenster, Lärmschutzwände und ähnliche Maßnahmen weiter fördern und gleichzeitig aktiv auf Lärmreduzierung hinwirken. Mit einer ökologisch ausgerichteten Verkehrspolitik wollen wir ebenso dazu beitragen wie mit Hilfen zur Entwicklung und Verbreitung lärmarmen Technologien.

Moderne Verwaltungsstrukturen in Land und Kommune

Die SPD will eine glaubwürdige, transparente Politik verwirklichen. Deswegen streben wir auch in der Verwaltung auf allen Ebenen mehr Bürgernähe und Effizienz an.

Die SPD will, daß die Bürgerinnen und Bürger sich in ihren Gemeinden wohlfühlen und das kommunale Leben aktiv mitgestalten können. Deshalb wollen wir die kommunale Selbstverwaltung stärken.

Die SPD will kommunale Initiativen für eine nachhaltige Entwicklung unterstützen.

Landesverwaltung bürgernäher, flexibler und effektiver gestalten

Wir werden die Bürgernähe und Effizienz der Landesverwaltung steigern. Wir werden die Verwaltungsorganisation straffen, Genehmigungsverfahren beschleunigen und Entscheidungskompetenzen dezentralisieren. Wesentliche Bestandteile werden die wirksamere Ausgestaltung der gesamten Mittelinstanz sowie eine möglichst weitgehende Kommunalisierung von Verwal-

tungsaufgaben sein. Auch im öffentlichen Dienst muß verstärkt das Leistungsprinzip zur Geltung kommen.

Durch die Einführung betriebswirtschaftlicher Steuerungsmodelle werden wir die Eigenverantwortung und Kostentransparenz in der Landesverwaltung erhöhen.

Wir werden überprüfen, ob und inwieweit nicht-hoheitliche Aufgaben privatwirtschaftlich auf Dauer kostengünstiger und besser erfüllt werden können. Einen Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung darf es allerdings nicht geben.

Kommunale Dienstleistungen bürgernah anbieten

Die Kommunen müssen eine Finanzausstattung erhalten, die ihrem Selbstverwaltungsrecht und ihren Aufgaben entspricht. Um die Finanzautonomie der Kommunen zu erhöhen, werden wir die Zuweisungen des Landes vermehrt pauschalieren. Daneben werden wir bestehende Standards nach einer Überprüfung auf das notwendige Maß reduzieren und vor neuen Maßnahmen und Gesetzen verstärkt Kosten-Nutzen-Analysen erstellen.

Das Angebot an kommunalen Dienstleistungen muß bürgernah und kundenorientiert gestaltet werden. Wir fördern Projekte, die auf verstärkte Kundenorientierung, Mitarbeitermotivation und Qualitätsmanagement abzielen. Modernes Personalmanagement und nutzerfreundliche Informations- und Kommunikationstechnologien müssen verstärkt genutzt werden. Verwaltungsaufgaben sollen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger so ortsnah wie möglich erledigt werden. Projekte wie das „BürgerBüro“ mit einer Bündelung öffentlicher Dienstleistungen unter einem Dach müssen in Sachsen-Anhalt vermehrt eingerichtet werden.

Wir wollen die kommunale Ebene in ihrer Verwaltungs-, Dienstleistungs- und Finanzkraft stärken. Deshalb soll die Kooperation der Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften weiterhin gestärkt werden. Wo darüber hinaus die Bildung von Einheitsgemeinden angestrebt wird, unterstützen wir diesen Prozeß.

Kommunalpolitik lebt vom Ehrenamt als Basis der kommunalen Selbstverwaltung. Wir werden die Stellung des Ehrenamtes stärken und insbesondere die politische Bildung und Weiterbildung von Kommunalpolitikern unterstützen.

Der Brandschutz in unseren Städten und Gemeinden lebt in erster Linie von den Menschen, die sich hier ehrenamtlich engagieren. Wir werden ihre Tätigkeit weiter unterstützen und dafür sorgen, daß die notwendige moderne Lösch- und Rettungstechnik zur Verfügung steht.

Das Prinzip der Nachhaltigkeit, das heißt der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Tragfähigkeit von Entwicklungen (Agenda 21), soll auch auf der Ebene kommunaler Initiativen mit Leben erfüllt werden. Gemeinden, die langfristige Handlungskonzepte in diesem Sinne entwickeln, werden wir unterstützen.

Kurs 21. Jahrhundert: Bildung, Medien und Kultur für unsere Zukunft

Schule, Hochschule, Berufsbildung - Träger lebenslangen Lernens

- Chancengleichheit verwirklichen
- Schule als Lern- und Lebensort gestalten
- Den Hochschulstandort Sachsen-Anhalt stärken
- Attraktive Studienangebote und moderne Strukturen schaffen
- Das Recht auf Ausbildung durchsetzen

Kultur: Identität und Weltoffenheit

- Kultur für alle anbieten
- Die gewachsene Kulturlandschaft weiterentwickeln
- Den Denkmalreichtum sichern - Zeichen in die Zukunft setzen
- Medienentwicklung gestalten -
für Wettbewerbsfähigkeit und Demokratie
- Sport als gesellschaftliches Anliegen fördern

Schule, Hochschule, Berufsbildung - Träger lebenslangen Lernens

Die SPD steht für zukunftsfähige, wohnortnahe Schulen, die Chancengleichheit bieten und Lebensaussichten verbessern. Die von uns geschaffenen stabilen Strukturen sind die Grundlagen inhaltlicher Weiterentwicklung.

Die SPD steht für Schulen, in denen Schülerinnen und Schüler zu Leistungen befähigt werden, soziales Verhalten eingeübt und die Grundwerte einer demokratischen Gesellschaft vermittelt werden.

Die SPD will, daß Hochschulbildung und wissenschaftliche Forschung der gesamten Gesellschaft und der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes zugute kommen.

Die SPD will die Hochschulen weiter ausbauen, organisatorisch modernisieren und das Studium in Sachsen-Anhalt attraktiver machen.

Die SPD will Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen.

Chancengleichheit verwirklichen

Chancengleichheit bedeutet für uns, allen Kindern, unabhängig von Herkunft, sozialer Stellung und individuellen Fähigkeiten, die Voraussetzungen für die bestmögliche Schulausbildung zu schaffen. Zur Chancengleichheit gehört für uns auch die Überwindung geschlechtsspezifischer Rollenklischees in Schule und Berufsausbildung.

Wir wollen den Erhalt eines regional ausgewogenen, leistungsfähigen Bildungsangebots, das auch die individuelle Förderung von Kindern mit unterschiedlichen Lernvoraussetzungen garantiert. Dieses Ziel wollen wir trotz sinkender Schülerzahlen erreichen. Kleine Grundschulen, besonders im ländlichen Raum, und das Zusammengehen verschiedener Schulformen sind Möglichkeiten, die helfen werden, die Schule für alle Kinder in erreichbarer Nähe zu halten.

Wir leben in einer Gesellschaft, in der lebenslanges Lernen zur wichtigsten Voraussetzung der eigenen beruflichen Entwicklung geworden ist. Bei unserer grundlegenden inneren Schulreform werden wir auch die Verlängerung der Schulzeit auf 13 Jahre bis zum Abitur konzeptionell nutzen. Unser Ziel ist es, die Lehrpläne zu modernisieren und den gesellschaftlichen Herausforderungen anzupassen. Unser Anliegen ist es, sozialer Kompetenz, selbständigem Denken und Handeln, Teamfähigkeit oder dem Begreifen von komplexen Zusammenhängen, die in der modernen Arbeitswelt immer wichtiger werden, einen höheren Stellenwert einzuräumen. Die europäische Ausrichtung der Ausbildung soll deshalb zur selbstverständlichen Grundlage unserer Zukunftsorientierung werden.

Schule als Lern- und Lebensort gestalten

Die Schule soll auch eine Schule der Demokratie sein. Sie hat die Aufgabe, Grundwerte unserer Gesellschaft wie die Achtung vor der Würde des Menschen, Solidarität, Gerechtigkeit, Toleranz und Gewaltfreiheit zu vermitteln. Dieser Verantwortung kann sie nur gerecht werden, wenn sie dabei von der Gesellschaft nicht allein gelassen wird und sie ihre Freiräume weiter ausgestalten kann. Wir wollen diesen Anspruch durch Schulsozialarbeit, Ganztagsangebote und gezielte Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern verwirklichen. Wir wollen vielfältige Formen der Zusammenarbeit mit anderen kulturellen, sozialen, ökologischen und sportlichen Trägern ermöglichen. Schule muß sich zur sozialen Nachbarschaft und zur Arbeits- und Berufswelt hin öffnen.

Unser Ziel ist es, die Gestaltung von Schulanlagen sowie die materiell-technische Ausstattung weiter zu verbessern. Dazu gehört die Bereitstellung von Räumlichkeiten an der Schule, in denen sich Schülerinnen und Schüler vor dem Unterricht, in Freistunden und nach dem Unterricht aufhalten können.

Den Hochschulstandort Sachsen-Anhalt stärken

Wir wollen einen international konkurrenzfähigen Leistungsstandard unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Dazu muß der Anteil der wissenschaftsbezogenen Ausgaben am Landeshaushalt weiter erhöht und die Einbindung in europäische Kooperationen verstärkt werden. Wir setzen uns dafür ein, daß der Bund die finanziellen Rahmenbedingungen für den Hochschulbau, die Ausstattung und den Wohnheimbau für Studierende verbessert. Alle Mittel, die dafür durch den Bundeshaushalt bereitgestellt werden, wird das Land durch Mittel in der gleichen Höhe ergänzen.

Hochschulen sind wissenschaftliche, technologische und kulturelle Zentren ihrer Region. Ihre Zusammenarbeit mit der Wirtschaft in Forschung und Entwicklung sowie den Wissenstransfer in die Gesellschaft hinein werden wir unterstützen. Hochschulen müssen im Rahmen eines Konzepts des lebenslangen Lernens verstärkt Aufgaben der Weiterbildung übernehmen.

Attraktive Studienangebote und moderne Strukturen schaffen

Die Hochschulen in Sachsen-Anhalt werden wir personell und materiell unter Berücksichtigung ihres jeweiligen Profils ausbauen und weiterentwickeln. Unter Ausweitung des fachlichen Angebots sollen an den Fachhochschulen langfristig bis zu 50 Prozent aller Studienplätze im Land für eine berufsqualifizierende Ausbildung auf wissenschaftlicher Grundlage bereitgestellt werden. Wir wollen das Studium an sachsen-anhaltischen Hochschulen auch für ausländische Studierende attraktiver machen und vermehrt jungen Menschen aus unserem Land ein Studium im Ausland ermöglichen.

Die Situation von Studierenden mit Kind muß bei der Gestaltung von Studienordnungen berücksichtigt werden. Zur Verwirklichung der Chancengleichheit bei der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses setzen wir

uns dafür ein, daß Frauen bei der Vergabe von Stipendien besonders berücksichtigt werden.

Wir wollen den Hochschulen die Möglichkeit geben, durch eine Professionalisierung des Managements die Leistungsfähigkeit der hochschulinternen Arbeits- und Entscheidungsstrukturen zu stärken und gleichzeitig im Rahmen der Hochschulautonomie die gleichberechtigte, kollegiale und demokratische Mitbestimmung zu entfalten.

Wir wollen die Eigenverantwortlichkeit der Hochschulen für die Verwendung der ihnen zugewiesenen Mittel. Die bereits laufenden Budgetierungsmodelle werden wir auswerten und gegebenenfalls ausbauen.

Das Recht auf Ausbildung durchsetzen

Wir wollen mit der "Initiative für Ausbildung" in Sachsen-Anhalt weiter dafür sorgen, daß jede und jeder Ausbildungswillige in unserem Land einen Ausbildungsplatz erhält. Dabei dürfen die Unternehmen aus ihrer Verantwortung nicht entlassen werden. Das System der dualen Ausbildung kann nicht funktionieren, wenn die Wirtschaft ihrer Verpflichtung zur Ausbildung und damit zur Investition in die Zukunft nicht nachkommt. Wir werden uns deshalb für eine Ausbildungsplatzabgabe einsetzen, die die Pflicht zur Ausbildung durch einen bundesweiten, gerechten Finanzausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben sichert. Die Verpflichtung zur Ausbildung muß auch bei der öffentlichen Auftragsvergabe berücksichtigt werden.

Wir brauchen eine Qualifizierungsoffensive, um Chancengleichheit und Stärkung der wirtschaftlichen Innovationskraft gleichermaßen zu erreichen. Neue Berufsbilder müssen in den Ausbildungsgängen Berücksichtigung finden, teilweise veraltete Ausbildungsrahmenpläne müssen den aktuellen Anforderungen an Fachkräfte angepaßt werden. Diesbezügliche Initiativen der Gewerkschaften werden wir befördern. Der Ausbau und die Modernisierung der berufsbildenden Schulen soll bedarfsgerecht fortgesetzt werden. Wir wollen Berufsschulen, die in der Lage sind, Schlüsselqualifikationen zu vermitteln, unterschiedliche betriebliche Ausbildungsstandards weitgehend auszugleichen und lernschwächere Schülerinnen und Schüler speziell zu fördern. Dafür ist eine bessere Koordination zwischen den Lernorten Betrieb und Berufsschule Voraussetzung. Berufsbildende Schulen sollen in stärkerem Maße mit der Wirtschaft kooperieren und flexibel auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes reagieren.

Für Mädchen wird die Ausbildung in gewerblich-technischen Berufen weiterhin besonders gefördert.

Wir werden dafür sorgen, daß das Land selbst auch weiterhin über seinen eigenen Bedarf hinaus ausbildet.

Wir setzen uns auf Bundesebene für Regelungen ein, die Jugendlichen einen Berufseinstieg nach der Ausbildung ermöglichen, um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt und ihre soziale Absicherung zu verbessern. Insbeson-

dere wollen wir Zeiten längerer Arbeitslosigkeit durch Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramme verhindern. In Sachsen-Anhalt werden wir die befristete Übernahme von Ausgebildeten fördern und dafür sorgen, daß das Land seine Möglichkeiten zur Übernahme voll ausschöpft.

Kultur: Identität und Weltoffenheit

Für die SPD ist Kultur ein unverzichtbarer Bestandteil des Lebens. Sie befähigt zur Kommunikation, fördert Identitätsfindung und ist damit eine wesentliche Grundlage für die Selbstvergewisserung und Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft.

Für die SPD sind Ausgaben für Kultur Investitionen in die Freisetzung geistiger Kräfte und in eine weltoffene, demokratische Gesellschaft.

Die SPD will neben traditionellen Kulturformen auch alternatives kulturelles Wirken fördern.

Die SPD will die Chancen der neuen Medien- und Kommunikationstechnologien ausschöpfen und die Zugangsmöglichkeiten zu elektronischen Informationen für alle Bürgerinnen und Bürger sichern.

Für die SPD ist Sport ein gesamtgesellschaftliches Anliegen und ein bedeutender Bildungs- und Erziehungsfaktor.

Kultur für alle anbieten

Öffentliche Kultur ist und bleibt auf die Unterstützung des Staates angewiesen. Deshalb muß der Anteil der Kultur am Landeshaushalt auch künftig mindestens ein Prozent betragen.

Jede Mark öffentlicher Fördermittel zieht auch bei der Kulturförderung mehrere Mark an privaten Leistungen nach sich. Die Zusammenarbeit mit privaten Förderern und Sponsoren unterstützt die staatliche Förderung und vergrößert die Spielräume für das Kulturleben in Sachsen-Anhalt.

Wir setzen uns für die weitere Entwicklung der Breiten- und Soziokultur ein. Wir werden die Förderung in diesem Bereich auf ausgewählte Modellvorhaben, Vernetzungsprojekte sowie den Aufbau einer Weiterbildungs- und Qualifikationsstruktur im Land ausrichten. An die Erfolge der musikalischen Laienarbeit, der Pflege der Chorlandschaft und die identitätsstiftende Wirkung der Heimatpflege wollen wir anknüpfen.

Wir wollen jeder Bürgerin und jedem Bürger ermöglichen, eine öffentliche Bibliothek wohnortnah nutzen zu können. Die Arbeit der literarischen Gesellschaften und Literaturvereine sowie des Literaturbüros wollen wir weiter fördern.

Die gewachsene Kulturlandschaft weiterentwickeln

Für die Theater- und Orchesterlandschaft Sachsen-Anhalts ist es uns gelungen, den Trägern und Theatern in den Oberzentren, der Altmark und im Harz mittelfristige Planungs- und Finanzierungssicherheit zu garantieren. An den Erfolg der Orchesterkonferenz, der Landesbühnenförderung und der regionalen Verbundtheater wollen wir anknüpfen. In Verbindung mit dem Landesbühnenkonzept soll es ein Spielstättenkonzept geben.

Die Erfahrungen bei der Theater- und Orchesterkonferenz, die zu einer erfolgreichen Neustrukturierung durch umfassende Kooperation bei weitgehender Substanzerhaltung geführt hat, wollen wir auch für Bibliotheken und Museen nutzen. Das Angebot der Volkshochschulen und anderer Träger kultureller Bildungsarbeit soll weiterentwickelt werden.

Mit der Gesellschaft „Musikland Sachsen-Anhalt“ wollen wir die Musik regional und thematisch präsentieren und Musikfeste im Lande fördern.

Den Denkmalreichtum sichern - Zeichen in die Zukunft setzen

Wir setzen uns für den Erhalt der vielfältigen Denkmale und Kulturlandschaften in unserem Land ein. Denkmalpflege und -schutz sichern und schaffen auch interessante und qualifizierte Arbeitsplätze. Der Erfolg der „Straße der Romanik“ belegt das. Die Möglichkeiten der Vernetzung von arbeitsplatz- und kultursichernden Modellprojekten wollen wir ausweiten. Die Chancen, die die Denkmalpflege für Bauhandwerk, Gastronomie und Tourismus bietet, müssen durch Qualifizierungsmaßnahmen in der beruflichen Weiterbildung flankiert werden.

Als herausragendes Beispiel für ein zukunftsgerichtetes Kulturprojekt werden wir im Jahr 2000 die EXPO-Korrespondenzregion in Sachsen-Anhalt präsentieren.

Medienentwicklung gestalten - für Wettbewerbsfähigkeit und Demokratie

Der Ausbau einer leistungsfähigen Medien- und Telekommunikationsinfrastruktur ist eine zentrale Aufgabe für die Zukunftsfähigkeit Sachsen-Anhalts. Mit Hilfe gezielter Projektförderung wollen wir die Informationstechnik weiter ausbauen. Die Landesinitiative zur Förderung der Telematik werden wir fortsetzen.

Im Interesse der demokratischen Meinungsbildung in unserer Gesellschaft ist die uneingeschränkte und für alle Bürgerinnen und Bürger finanziell tragbare Zugangsmöglichkeit zu elektronisch verarbeiteten Informationen unverzichtbar. Insbesondere den Zugang öffentlicher Einrichtungen wie Schulen, Bibliotheken und Universitäten zu Universaldiensten wollen wir sichern.

Um die Fortschritte der Informations- und Kommunikationstechnik sinnvoll nutzen zu können, muß der Umgang mit ihr in die Lehrpläne von Auszubildenden ebenso wie von Schülerinnen und Schülern aufgenommen werden. Dabei geht es nicht nur um technische Fertigkeiten, sondern um eine umfassende Medienkompetenz, die zu einem souveränen, verantwortungs-

bewußten und interessegeleiteten Umgang mit der Vielfalt der Angebote befähigt. Eine medienpädagogische und informationstechnische Lehrerweiterbildung ist die unabdingbare Voraussetzung. Dafür werden wir sorgen.

Unter den Bedingungen wachsender elektronischer Medienvielfalt wächst die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks als Garant von Meinungsvielfalt und programmatischer Breite. Wir werden deshalb dafür eintreten, den Finanzausgleich zwischen den Landesrundfunkanstalten auch über das Jahr 2000 hinaus beizubehalten. Wir werden darauf achten, daß die Interessen Sachsen-Anhalts in der Programmgestaltung und den Gremien des Mitteldeutschen Rundfunks stärker berücksichtigt werden. Desweiteren fordern wir den Abbau stereotyper Rollenbilder, die Verbreitung gleichstellungspolitischer Inhalte und eine ausgewogene und vielschichtige Darstellung von Frauen in den Medien sowie eine verstärkte Mitwirkung von Frauen an der Programmgestaltung.

Wir werden das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern in nicht-kommerziellen lokalen Hörfunk- und Fernsehprogrammen unterstützen. Wir befürworten eine wirtschaftliche Filmförderung und die Einrichtung eines Filmförderfonds.

Sport als gesellschaftliches Anliegen fördern

Die Förderung des Sports als gesellschaftliche Aufgabe ist für uns unverzichtbar. Dabei steht die enge Zusammenarbeit mit dem Landessportbund und seinen Gliederungen im Mittelpunkt. Die Sportvereine sind die wichtigsten Träger der sportlichen Freizeitgestaltung. Der Breitensport wird auch weiterhin Schwerpunkt der Sportförderung sein. Die Bedingungen ehrenamtlicher Tätigkeit wollen wir verbessern.

Wir brauchen mehr freizeitorientierte Sportangebote für neue Zielgruppen, etwa für Trendsportarten. Wir wollen den Zugang für bislang im Sport unterrepräsentierte Gruppen - Ältere, Vorschulkinder, Aussiedler, Arbeitslose, Behinderte - erleichtern.

Sport fördert die Gesundheit, das Wohlbefinden und die Sozialentwicklung von Kindern und Jugendlichen. Sportvereine mit einem hohen Kinder- und Jugendlichenanteil wollen wir deshalb besonders fördern. Spezielle Jugendsportprojekte, wie zum Beispiel Fan-Projekte, sollen ausgebaut werden. Wir wollen die Kooperation von Jugend-Freizeiteinrichtungen und Sportvereinen fördern. Darüber hinaus brauchen wir aber auch verbesserte Möglichkeiten für weniger vereinsgebundene Sportformen wie Skateboardflächen, Rollschuhbahnen, Bolzplätze und ähnliches. Sportangebote für Jugendliche müssen die Interessen von Jungen und Mädchen berücksichtigen.

Das Projekt „Sport in Schule und Verein“ wollen wir weiterentwickeln; an der dritten Sportstunde in der Schule halten wir fest. Schwimmen soll als Sportart im Primarbereich gesichert werden.

Wir werden gemeinsam mit den Kommunen Sportstätten-Entwicklungspläne erarbeiten.

Den Bau der Landessportschule in Osterburg werden wir weiter fördern.

Sport ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Wir streben eine Ausweitung des Sportsponsoring durch die private Wirtschaft an.

Wir unterstützen den Auf- und Ausbau leistungsfähiger sportwissenschaftlicher Einrichtungen und der sportmedizinischen Betreuung.

Wir unterstützen den Leistungssport Behinderter und Nichtbehinderter. Um talentierten Jugendlichen auch in Zukunft die Möglichkeit zu geben, sich sportlich zu entwickeln, wollen wir die Aktivitäten der Sportverbände zur Talentsuche und -förderung weiter unterstützen. Dafür wollen wir in Abstimmung mit dem Bund und dem Deutschen Sportbund ein Leistungssportkonzept erarbeiten und die Olympiavorbereitung - einschließlich der *Paralympics* - gezielt fördern. Die Schulen und Internate mit Sport-schwerpunkten sollen fortgeführt werden.



SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt

Bürgelstraße 1, 39104 Magdeburg

Verantwortlich: Lothar Tautz

Titelgestaltung: Odeon Zwo, Hannover

Druck: Magdeburger Druckerei GmbH, Magdeburg